



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

99. Sitzung

6. Wahlperiode

Dienstag, 8. September 2015, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider und Vizepräsidentin Beate Schlupp

InhaltTilo Gundlack, SPD 33
Jeannine Rösler, DIE LINKE 35
Egbert Liskow, CDU 38**Feststellung der Tagesordnung**

gemäß § 73 Abs. 3 GO LT 2

Beschluss 43

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Haushalts-
begleitgesetzes 2016/2017**

(Erste Lesung)

– Drucksache 6/4199 – 2

Nächste Sitzung

Mittwoch, 23. September 2015 43

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2016/2017
und eines Verbundquotenfestlegungs-
gesetzes 2016/2017**

(Erste Lesung)

– Drucksache 6/4200 – 2

Unterrichtung durch die Landesregierung

**Mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2020
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
einschließlich Investitionsplanung**

– Drucksache 6/4198 – 2

Ministerin Heike Polzin 2

Helmut Holter, DIE LINKE 6

Ministerpräsident Erwin Sellering 12

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 15, 39

Vincent Kokert, CDU 21

Udo Pastörs, NPD 28

Beginn: 14.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 99. Sitzung des Landtages. Die Landesregierung hat gemäß Paragraf 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung verlangt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 99. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 99. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung die Abgeordneten Dr. Ursula Karlowski und Johann-Georg Jaeger zu Schriftführern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der parlamentarischen Sommerpause wurden uns die traurigen Nachrichten übermittelt, dass die ehemaligen Mitglieder des Landtages Mecklenburg-Vorpommern Hermann Bollinger und Erhard Bräunig verstorben sind.

Hermann Bollinger gehörte dem Landtag in der 1. und 2. Wahlperiode und noch einmal von 2001 bis 2002 an. Er war Mitglied der CDU-Fraktion. Von 1990 bis 1994 war er Vorsitzender des Innenausschusses. Unter seinem Vorsitz wurden während der 1. Wahlperiode die gesetzlichen Grundlagen für alle wesentlichen Bereiche der Innenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen. Der Ausschuss hatte in diesen vier Jahren dem Plenum 63 Gesetzentwürfe zur Beschlussfassung vorgelegt und 42 Gesetzentwürfe mitberatend erörtert.

Erhard Bräunig war von 1998 bis 2001 Mitglied des Landtages, der SPD-Fraktion. Er war außerdem von 1993 bis 1994 Landrat des Landkreises Grevesmühlen und von 2001 bis 2008 Landrat des Landkreises Nordwestmecklenburg.

Im Namen des Landtages spreche ich den Angehörigen unser tief empfundenes Beileid aus. Ich darf Sie bitten, sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Vielen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle noch ein organisatorischer Hinweis. In der Sommerpause wurde im dritten Zwischengeschoss oberhalb der Lobby eine komplette Erneuerung der Deckenkonstruktion notwendig. Diese ist nun abgeschlossen. Ebenfalls im Rahmen dieser umfangreichen Baumaßnahmen wurde in diesem Zusammenhang der Tresen der ehemaligen gastronomischen Versorgung im Bereich der Lobby zurückgebaut. Die Versorgung wird künftig im Schlosscafé des Schlossgartenflügels in gewohnter Qualität umfangreich angeboten. Mit Beginn der regulären parlamentarischen Sitzungswochen, das bedeutet also, heute noch nicht, wird in der Lobby eine adäquate Versorgung angeboten. Heute können Sie sowohl das Essen als auch die Getränke im Schlosscafé erhalten. Dort ist ein Fernseher aufgebaut und die Landtagssitzung wird dorthin übertragen.

Ich freue mich, dass ich auch noch eine weitere positive Nachricht übermitteln darf, und möchte unserem Kollegen Detlef Müller nachträglich ganz herzlich zu seinem runden Geburtstag gratulieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Detlef Müller, SPD: Vielen Dank. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gern, Herr Müller. –
Detlef Müller, SPD: Niemand sagt das Alter. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Gratulationen)

Ich rufe auf den einzigen **Tagesordnungspunkt**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2016/2017, auf Drucksache 6/4199, in Verbindung mit der Ersten Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2016/2017 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2016/2017, auf Drucksache 6/4200, in Verbindung mit der Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2020 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, auf Drucksache 6/4198.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Haushalts-
begleitgesetzes 2016/2017**

(Erste Lesung)
– Drucksache 6/4199 –

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2016/2017
und eines Verbundquotenfestlegungs-
gesetzes 2016/2017**

(Erste Lesung)
– Drucksache 6/4200 –

**Unterrichtung durch die Landesregierung
Mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2020
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
einschließlich Investitionsplanung**
– Drucksache 6/4198 –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Heike Polzin. Bitte schön.

Ministerin Heike Polzin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Man könnte meinen, die Finanzministerinnen und Finanzminister in der Bundesrepublik hätten zurzeit gut lachen. Der Staatshaushalt erzielte zur Jahresmitte einen zweistelligen Milliardenüberschuss, die Zinsen sind im Keller und auch vom Arbeitsmarkt gibt es nahezu durchweg gute Nachrichten. Eitel Sonnenschein beim Blick auf die finanzielle Großwetterlage, so will es scheinen, allerdings sollten auch die Wolken am Konjunkturm Himmel nicht ignoriert werden.

Zu dem Milliardenüberschuss trugen die einzelnen Bundesländer mit gerade mal 500 Millionen Euro bei und auch dieses Plus war bis Ende Juli fast aufgebraucht. Die Börsen kämpfen weltweit mit heftigen Turbulenzen, das Wachstum in den Schwellenländern schwächelt und auch die Eurokrise ist keineswegs ausgestanden. Wer jetzt, von Euphorie beflügelt, große neue, dauerhafte Ausgabenprogramme anschiebt, der dürfte in naher Zukunft ein böses Erwachen erleben. Sie wissen, dass

das nicht der Stil in der Finanzpolitik unseres Bundeslandes ist, und damit waren wir die letzten Jahre gut beraten. Dieses Jahr werden wir es wahrscheinlich das zehnte Mal in Folge schaffen, den Haushalt ohne neue Schulden auszugleichen. Das ist das Ergebnis einer verantwortungsbewussten Ausgabenpolitik

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

und es wird Sie sicher nicht überraschen, dass wir auch mit dem vorliegenden Entwurf des Doppelhaushaltes von diesem Pfad der Tugend nicht abweichen. Das bedeutet, keine neuen Kredite – nicht 2016 und auch nicht 2017. Das ist eine Leistung des gesamten Kabinetts, die ich nicht hoch genug bewerten kann, denn all den Jubelmeldungen über steigende Steuereinnahmen zum Trotz, mit dem Auslaufen der Mittel aus dem Solidarpakt haben die ostdeutschen Bundesländer ein ungleich schwereres Päckchen zu tragen, um im Jahr 2020 die Schuldenbremse einhalten zu können. Sie können das jetzt gern als Kassenwartrhetorik abtun, aber die 600 Millionen Euro, die wir heute weniger haben als vor acht Jahren, sind nun mal ein Fakt, der sich nicht so einfach ausblenden lässt.

Dass wir es trotzdem schaffen, Ausgaben von über 7,8 Milliarden Euro ohne die Aufnahme neuer Schulden zu finanzieren, zeigten die Fortschritte der vergangenen Jahre, die sich letztlich auch bei den Steuereinnahmen niederschlagen. Allein im kommenden Jahr rechnen wir mit einem Steuerplus gegenüber dem laufenden Jahr von über 240 Millionen Euro. Diese Entwicklung ist bemerkenswert und ein Erfolg, der nicht unwesentlich mit den Entscheidungen der vergangenen Jahre zusammenhängt: Hohe Investitionsausgaben, Verbesserungen bei Schulen und Hochschulen, die Förderung von Kindern und damit ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, all das sind wichtige Beiträge zur Landesentwicklung, die sich letztlich auch bei den Einnahmen niederschlagen.

Und dieser Linie, Schwerpunktsetzung mit Augenmaß, bleiben wir mit dem aktuellen Entwurf des Doppelhaushaltes treu. Wir führen den erfolgreichen Weg der vergangenen Jahre fort. Wir wollen die Ausgaben für Bildung von der Krippe bis zur Hochschule sowie für Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklung noch einmal steigern. Und auch die Kommunen wollen wir nicht im Regen stehen lassen. In diesem wichtigen Bereich wird es, wie schon in den Vorjahren, Sonderleistungen geben, die deutlich über den Finanzausgleich hinausgehen. Nur eines wollen wir nicht, neue Schulden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Haushalt ist auch das Produkt seiner Vorgänger. Wir haben dauerhafte Ausgabenprogramme immer mit der Fragestellung abgewägt, ob wir das, was wir uns heute leisten wollen, auch morgen noch leisten können. Wir haben viele Leistungen auf den Prüfstand gestellt und wir haben Strukturen an absehbare Entwicklungen angepasst. Nur diese vorausschauende Politik hat es uns in den vergangenen Jahren ermöglicht, Schwerpunkte zu setzen, die für die Entwicklung unseres Landes von entscheidender Bedeutung sind.

Zu den wichtigsten Entscheidungen, die getroffen wurden, zählen wohl ohne Zweifel unsere Personalkonzepte. Sie wissen, dass das Personal der größte Ausgabepos-

ten des Haushaltes ist. Mehr als jeden vierten Euro geben wir für die Beschäftigten sowie für die Versorgung der Beamten und ihrer Hinterbliebenen aus, und trotz des Personalabbaus steigen unter anderem aufgrund der Tarifabschlüsse unsere Kosten weiter. Erstmals werden wir mit dem Doppelhaushalt die Grenze von 2 Milliarden bei den Ausgaben überschreiten. Dennoch, um unsere Personalausgabenquote von knapp über 25 Prozent werden wir bundesweit von vielen noch beneidet. Es ist eben alles relativ.

Vor allem die alten Bundesländer kämpfen zunehmend mit steigenden Versorgungsausgaben. Dass uns für Mecklenburg-Vorpommern diese Probleme nicht in gleichem Umfang Sorge bereiten, ist auch ein Ergebnis klugen Handelns. Zum einen sind wir mit dem Mittel der Verbeamtung von Anfang an sehr sorgsam umgegangen, zum anderen, und das ist das Entscheidende, haben wir frühzeitig einen Versorgungsfonds aufgelegt, damit wir uns von den kurzfristigen Einsparungen bei den Sozialversicherungen nicht blenden lassen, denn anders als bei den Angestellten steht das Land für die Pension seiner Beamtinnen und Beamten gerade. Mit unserem Versorgungsfonds handeln wir langfristig, wir machen zukünftige Ausgaben transparent und wälzen diese Aufgaben nicht auf die kommenden Generationen ab.

Und transparent sind wir auch bei der Anlage dieser Mittel. Regelmäßig haben wir den Finanzausschuss über die Entwicklung des Versorgungsfonds informiert, zuletzt vor gut einem Jahr durch meinen Staatssekretär. So dürfte auch bekannt sein, dass wir bis Ende des vergangenen Jahres eine Rendite von rund 6 Prozent erzielen konnten. Allerdings spüren wir jetzt auch die Schattenseiten des niedrigen Zinsniveaus. Als der Fonds aufgelegt wurde, gingen wir in unserem Modell von einer durchschnittlichen Verzinsung von 4,5 Prozent aus. Die ist mittlerweile in weiter Ferne.

Um die Versorgungslasten aus dem Sondervermögen zahlen zu können, hätten wir jetzt genau drei Möglichkeiten:

Erstens. Wir gehen ein höheres Anlagerisiko ein.

Zweitens. Wir erhöhen die Abführung von momentan 20 Prozent der Bezüge.

Oder aber drittens, und das ist die Möglichkeit, die wir Ihnen als Lösung im Haushaltsgesetz vorschlagen, wir greifen künftig bei den Umschuldungen von Krediten auf diesen Fonds als Investor zurück. Das hat zwei große Vorteile: Zum einen verbleiben die Zinsen, die wir sonst an Banken zahlen würden, bei uns im Land, und zum anderen sichern wir damit das notwendige Wachstum der Pensionsrückstellung.

Eines muss ich dabei aber noch einmal klarstellen: Bei uns geht es nicht um versteckte zusätzliche neue Kredite, mit denen wir Haushaltslöcher stopfen wollen, uns geht es allein darum, dass die Pensionen weiterhin sicher bleiben.

Es ist noch gar nicht lange her, da sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (DIE GRÜNEN) nebulös, mit den Pensionen müsse etwas getan werden. Pensionskürzungen nahm er von dieser Forderung ausdrücklich nicht an. Als Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern wollen wir diesen Weg nicht gehen, aber wir dürfen auch nicht erst handeln, wenn es zu spät ist.

Mit unserem Pensionsfonds sind wir Vorreiter in der gesamten Bundesrepublik, weil wir als einer der ersten diese Rückstellungen direkt aus dem Haushalt und nicht über Kredite finanzieren.

(Vincent Kokert, CDU: So ist es.)

Und diese Vorsorge schlägt sich auch in anderen politischen Entscheidungen nieder. So hat das Instrument des Versorgungsfonds auch dazu beigetragen, dass es aus finanzpolitischer Sicht vertretbar war, in unserem Land in die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern einzusteigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für den Bildungsbereich dürfte das eine der wichtigsten Entscheidungen der letzten Jahre gewesen sein, denn noch nie hatten wir in den letzten Jahren so viele Bewerbungen von Lehrerinnen und Lehrern, die in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten wollen. Das scheint ein deutliches Zeichen, dass der Lehrerberuf in unserem Land attraktiver geworden ist. Dazu haben neben der Verbeamtung auch die anderen Maßnahmen beigetragen, die mit dem im letzten Doppelhaushalt beschlossenen 50-Millionen-Paket umgesetzt wurden. Und dieses Programm ist, wie Sie wissen, keine Einmalinvestition, diese Mittel stehen Jahr für Jahr zur Verfügung. Man sieht das recht deutlich, wenn man die Entwicklung der Bildungsausgaben der vergangenen Jahre vergleicht.

Der Entwurf des Haushaltsplanes sieht für das kommende Jahr Ausgaben von über 1,7 Milliarden Euro vor. Das sind fast 200 Millionen Euro mehr als noch vor vier Jahren. Ein wesentlicher Teil dieser Mehrausgaben geht nicht zuletzt auf zusätzliche Lehrerstellen zurück. Damit können wir auch die vielfältigen Herausforderungen bei der Inklusion in unseren Schulen erfolgreich angehen. Daher kann ich nicht verstehen, wenn einige in der Opposition stets bemüht sind, diese enormen finanziellen Anstrengungen kleinzureden. Ich glaube, niemand kann hier ernsthaft bestreiten, dass wir bei der Bildung in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt haben. Allein der Blick auf die Schulabgänger ohne Abschluss macht das deutlich. Seit 2008 hat sich die Quote derjenigen, die die Schule ohne Berufsreife verlassen, nahezu halbiert – Tendenz weiter fallend. Und ich kann Ihnen versprechen, dass wir an diesem wichtigen Punkt nicht nachlassen werden.

In den kommenden Jahren sollen die Ganztagschulen weiter ausgebaut werden und das Angebot, den Schulabschluss an den Volkshochschulen kostenlos nachzuholen, erweitert werden. Förderung fängt, wie Sie alle wissen, aber nicht erst in der Schule an. In den Krippen, in den Kindertagesstätten und bei den Tagesmüttern unseres Landes wird ein wichtiger Grundstein für den weiteren Lebensweg gelegt.

Mit einer Betreuungsquote von 97 Prozent sind wir bundesweit an der absoluten Spitze. Um die Betreuung weiter zu verbessern, haben wir erst im vergangenen Monat den Betreuungsschlüssel zum insgesamt dritten Mal im Laufe dieser Legislatur abgesenkt. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ist eine Fachkraft für 15 Kinder verantwortlich. Und ich betone: Fachkraft! In unserem Land wollen wir frühkindliche Bildung mit einem hohen Anspruch an Standards sicherstellen. Uns geht es nicht allein um eine Betreuung. Daher sind die Zahlen, die die Bertelsmann Stiftung unlängst veröffentlicht hat und die

Mecklenburg-Vorpommern bundesweit auf einem hinteren Rang sehen, aus meiner Sicht das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wir investieren viel in diese Frühförderung. Das zeigt sich auch darin, dass wir nicht nur Bundesgesetze umsetzen, um ausreichend Betreuungsplätze vorzuhalten. Wir wollen den Eltern bei uns im Land diesen Schritt erleichtern. Deshalb haben wir die Eltern bei den Beiträgen deutlich entlastet. Das sind im Übrigen ähnlich wie bei dem 50-Millionen-Paket Ausgaben, die einmal verkündet wurden, nun aber in jedem Jahr finanziert werden müssen. Und wir reden hier nicht über kleine Summen. Wenn die Ausgaben im kommenden Jahr, wie im Entwurf vorgesehen, auf rund 194 Millionen Euro steigen, dann sind das über 70 Millionen Euro mehr als noch vier Jahre zuvor. Deutlicher lässt sich die Schwerpunktsetzung der Landesregierung wohl kaum mit Zahlen belegen.

Eine gute Kinderbetreuung ist aber auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von großer Bedeutung. Niemand soll bei uns im Land eine Arbeitsstelle nicht antreten können, weil es bei der Betreuung hakt. Insofern ist die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege auch ein Fachkräftprogramm.

Die Wirtschaft hat sich in unserem Land gut entwickelt. Wir haben in den vergangenen Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten erreicht. Erst kürzlich habe ich im Kabinett den Fortschrittsbericht über das vergangene Jahr vorgestellt. Dort ist die Verwendung der erhaltenen Solidarpaktmittel nachzuweisen. Unser Ergebnis kann sich sehen lassen: Mit Investitionen von 1,1 Milliarden Euro haben wir rechnerisch 1,6-mal mehr investiert, als wir zurzeit noch an Solidarpaktmitteln erhalten.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Das ist der höchste Verwendungsanteil, den wir in der Geschichte unseres Landes erzielen konnten.

Wir mussten uns auch in den vorangegangenen Jahren nicht verstecken, wenn es um Investitionsausgaben ging. Bundesweit stehen wir mit Sachsen an der Spitze und geben deutlich mehr Geld je Einwohner für Investitionen aus als etwa das finanzstarke Bayern. Im Vergleich mit anderen westlichen Flächenländern liegen unsere Ausgaben sogar doppelt so hoch. Das hängt natürlich eng mit den Mitteln aus dem Solidarpakt zusammen. Aber gerade vor diesem Hintergrund ist es beachtlich, dass wir trotz der dort rückläufigen Mittel unsere Investitionsausgaben nicht nur konstant halten, sondern im Entwurf des Doppelhaushaltes sogar eine deutliche Steigerung vorsehen.

Im Jahr 2016 wollen wir etwa 1,2 Milliarden Euro und damit fast 130 Millionen Euro mehr als noch im Vorjahr investieren. Damit soll unter anderem die Wirtschaftsförderung deutlich aufgestockt werden, um nicht zuletzt Existenzgründern noch besser unter die Arme greifen zu können. Nicht nur Autofahrer, sondern auch viele Firmen bei uns im Land dürften sich darüber freuen, dass wir die Mittel für den Straßenbau aufstocken wollen.

Für die Anbindung des ländlichen Raumes, aber auch für moderne und lebendige Städte spielt eine leistungsstarke

Breitbandversorgung eine immer größere Rolle. Im kommenden Haushalt wird dieser wichtige Bereich daher eine wesentliche Rolle spielen. Als Land allein können wir uns einen flächendeckenden Ausbau nicht leisten, ohne uns zu verschulden. Wir werden daher alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Bundesprogramme zu nutzen. Das bedeutet, dass wir in erheblichem Maße Kofinanzierungsmittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, bis jetzt habe ich vor allem über Ausgaben gesprochen, mit denen wir die Schwerpunkte der Landesentwicklung fördern wollen. Auf andere Ausgaben haben wir weit weniger Einfluss. Vor allem bei den Kosten für die soziale Sicherung mussten wir in den letzten Jahren unter anderem aufgrund der Preisentwicklung einen deutlichen Anstieg der Ausgaben erleben. Mit fast 1,5 Milliarden Euro werden diese Ausgaben im kommenden Jahr einen neuen Höchststand erreichen.

Ein weiterer, nicht unwesentlicher Punkt ist die steigende Zahl von Flüchtlingen. Falls die Herren von der NPD jetzt hellhörig werden

(Udo Pastörs, NPD:
Das sind wir schon lange.)

und meinen, diese Zahlen für Propagandazwecke missbrauchen zu können:

(Michael Andrejewski, NPD:
Wir sind schon eingeschlafen.)

Das ist kein Thema, bei dem Geld die wichtigste Rolle spielt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es ist eine Frage der Menschlichkeit,

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla!)

dass Menschen, die Schutz brauchen, weil sie in ihren Heimatländern Krieg und Verfolgung ausgesetzt sind,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

bei uns willkommen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
David Petereit, NPD: Das ist doch
Propaganda. – Zuruf von
Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ohnehin machen die Ausgaben für Flüchtlinge nur einen Bruchteil im Bereich der sozialen Sicherung aus,

(David Petereit, NPD: Das ist
Propaganda, was Sie erzählen.)

bei allerdings 1,5 Milliarden gesamter sozialer Sicherung. Allerdings stehen hinter den 118 Millionen Euro, mit denen wir im Entwurf geplant haben, die meisten Fragezeichen. Eines kann ich Ihnen aber versprechen:

(Michael Andrejewski, NPD:
Dafür ist nichts zu teuer.)

Diese Ausgaben werden nicht dazu führen, dass wir an anderer Stelle Leistungen streichen. Zwar wissen wir derzeit noch nicht, wie viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wir wissen aber, dass sich gerade eine Vielzahl menschlicher Tragödien abspielt, hinter denen finanzielle Fragen mitunter zurückstehen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Selbstverschuldet.)

Trotzdem bin ich erleichtert, dass die Bundesregierung am Wochenende beschlossen hat, die Unterstützung der Länder aufzustocken.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch ist das ein Signal an die Ewiggestrigen, dass man in dieser Frage fest zusammensteht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten schon zuvor Vorsorge getroffen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Rund 70 Millionen Euro des Überschusses aus dem vergangenen Jahr – Sie erinnern sich – haben wir als Vorsorge für diesen Zweck in die Rücklage gelegt.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Dass das vorausschauend war und nicht, wie uns manchmal von der Opposition vorgeworfen wurde, zur Finanzierung von Wahlgeschenken genutzt wird, zeigt die aktuelle Prognose des Bundes für die zu erwartende Anzahl von Flüchtlingen. Allerdings gibt es aufgrund der dramatischen Entwicklung keine Gewissheit, womit wir in den nächsten beiden Jahren umzugehen haben. Ich denke aber, im parlamentarischen Verfahren wird man sich hier verständigen können,

(Udo Pastörs, NPD: Natürlich.)

wie man diese schwierige Aufgabe gemeinsam löst.

(Michael Andrejewski, NPD:
Für Ausländer immer.)

Wir werden nach den Ergebnissen der Beratungen der Länder mit der Bundesregierung verantwortungsbewusst entscheiden, wie wir die zusätzlichen Aufgaben finanzieren können.

(Udo Pastörs, NPD:
Sie haben es doch gar
nicht mehr in der Hand.)

Das gilt im Übrigen auch für die Unterstützung unserer Kommunen. Sie wissen, dass wir eins von insgesamt nur drei Bundesländern sind, das seinen Landkreisen und kreisfreien Städten für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen voll erstattet. Daran wollen wir in Zukunft festhalten. Und das ist längst nicht der einzige Punkt, bei dem wir unseren Kommunen als Land helfen. Auch in den kommenden beiden Jahren wird es Sonderhilfen für die Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte geben, 70 Millionen im kommenden Jahr und noch einmal 40 Millionen Euro im Jahr 2017.

Das sind Mittel, die zusätzlich zum Finanzausgleich gezahlt werden und die zu spürbaren Einnahmesteigerungen führen.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Zusammen mit der positiven Entwicklung bei den eigenen Steuereinnahmen steigt die Finanzausstattung der Kommunen damit durchschnittlich um zwei Prozent pro Jahr. Auch diese Sonderhilfen für die Kommunen werden wir der Rücklage entnehmen. In der Summe bedeutet das, dass der Bestand der Rücklagen in den kommenden beiden Jahren um rund 180 Millionen Euro sinken wird. Damit spreche ich jetzt all jene an, die immer wieder betonen, dass diese Polster, die wir in den Vorjahren erspart haben, viel zu üppig sind. Glauben Sie mir, ich wünschte, Sie hätten recht. Diese Kritik ist völlig unberechtigt und das Gegenteil ist wahr. Eigentlich müssten wir noch deutlich mehr Geld auf der hohen Kante haben, um allein den absehbaren Handlungsbedarf der kommenden Jahre decken zu können.

In der Finanzplanung, über die wir den Landtag zeitgleich mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes unterrichten, finden Sie eine Projektion der Handlungsbedarfe. Allein in dem Zeitraum 2018 bis 2025 weisen wir einen Handlungsbedarf – und das heißt Finanzierungsdefizit – von 1,3 Milliarden Euro aus, und Sie dürfen davon ausgehen, dass dieser Prognose nicht die pessimistischsten Annahmen zugrunde liegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, vor uns liegen noch große Herausforderungen. Vor allem das Jahr 2020 bleibt die große Unbekannte. Neben dem Ende des Solidarpakts wirft vor allem die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zurzeit noch viele Fragen auf. Der vorliegende Entwurf zeichnet einen Weg in diese Zeit spürbar geringerer Bundesmittel. Dass es uns in den vergangenen Jahren gelungen ist, diesen Einnahmerückgang aufzufangen und trotzdem gezielt politische Schwerpunkte zu setzen, ist ein gemeinsamer Erfolg der Politik unseres Landes. Zu diesem Erfolg haben nicht zuletzt Sie als Abgeordnete beigetragen. Ich weiß nur zu gut, wie schwer es manchmal fällt, Nein sagen zu müssen, weil das Geld nicht für alle Wünsche reicht. Diese Haltung ist zwar alles andere als populär, aber nur sie verschafft uns die notwendigen Handlungsspielräume, die uns ganz besonders wichtig sind. Das ist Schwerpunktsetzung mit Augenmaß und dafür bitte ich um Ihre Unterstützung in den Ausschüssen des Landtages.

Mit dem vorliegenden Regierungsentwurf des Doppelhaushalts ist der Startschuss für die Haushaltsberatungen gefallen. In meiner Einbringung habe ich versucht, die groben Linien zu zeichnen. Jetzt bin ich gespannt auf das weitere parlamentarische Verfahren mit detaillierten Beratungen in den Fachausschüssen. Die Ministerinnen und Minister werden wie üblich in diesem Rahmen ihre fachlichen Schwerpunkte erläutern. In den nächsten Monaten werden intensive Diskussionen und Expertenanhörungen uns gemeinsam viel abverlangen. Entscheidend ist aus meiner Sicht, dass wir im Dezember in der Zweiten Lesung Planungssicherheit für die kommenden beiden Jahre erreichen. – Zunächst bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Finanzministerin.

Interfraktionell ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 360 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter das Wort. Bitte schön.

Helmut Holter, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nun ist es wieder so weit. Wir steigen in die Haushaltsberatungen ein und wieder hören wir, haben wir auch gerade gehört, wie schwierig die Zeiten waren, wie schwierig die Zeiten sind und wie schwierig sie in Zukunft noch sein werden. Und wieder hören wir, welch ein großer Kraftakt es doch gewesen sei, diesen Haushalt aufzustellen. Und wieder hören wir, dass das Land keine großen Sprünge machen könne und die Sparsamkeit und nichts als die Sparsamkeit regieren müsse.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ich habe nichts Falsches gehört. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und täglich grüßt das Murmeltier! Es ist genau dieselbe alte Leier, die wir zu den zurückliegenden Haushalten bereits gehört haben. Jedes Mal hören wir von der Finanzministerin, diese Landesregierung finanziere in die Zukunft und setze eine solide Finanzpolitik fort.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich sehe die Koalitionäre, sie sagen zu allem Ja und Amen und werden der Landesregierung erneut blind folgen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, weil es vernünftig ist.)

Meine Damen und Herren, für die Beurteilung des vorliegenden Haushaltes und der heutigen Debatte ist eine andere Perspektive erforderlich,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja!)

eine Perspektive, die das wirkliche Leben nicht aus dem Blick verliert.

(Torsten Renz, CDU:
Und die tragen Sie jetzt vor?!)

Ich könnte auch sagen, von unten sieht man besser.

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ah, das ist richtig.)

Wird sich das Leben einer 50-jährigen arbeitslosen Frau in Vorpommern mit diesem Haushalt ändern? Nein! Werden in den ländlichen Räumen mehr Busse fahren? Nein! Wird der Existenzgründer in der Mitte des Landes einen schnellen Internetanschluss erhalten? Nein!

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich!)

Wird es für langzeitarbeitslose Menschen eine bessere Perspektive geben? Nein!

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich!)

Werden die Kita-Beiträge für die Gemeinden und die Eltern sinken? Nein! Werden die Kreise ihre Straßen und Brücken reparieren können? Nein!

(Vincent Kokert, CDU: Doch!)

Ändert sich überhaupt die Unterfinanzierung der Kommunen? Nein, meine Damen und Herren! Und diese Latte ließe sich fortsetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Machen Sie mal weiter!)

Seit 25 Jahren, meine Damen und Herren, engagieren sich die Menschen für den Aufbau unseres Landes und sie sind mit Recht stolz auf das Erreichte. Aber in vielen Gesprächen im Land sagen mir die Menschen und sie fragen sich das auch: Wie wird es denn in Zukunft aussehen? Werden wir das Erreichte auch halten können? Ja, es geht um notwendige Investitionen, darum, Straßen und Brücken instand zu setzen und zu modernisieren. Es geht um Wohnungen, die bezahlbar sind, und um die Schule, den Arzt und den Konsum im Dorf. Und es geht um die Frage, wer sich heute und in Zukunft um die alten Menschen kümmert, denn sie haben einen würdevollen Lebensabend verdient. Auf diese Fragen des Heute und des Morgen gibt die Große Koalition mit diesem Haushaltsentwurf keine Antworten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da klatscht nicht mal die eigene Fraktion.)

Meine Damen und Herren, die Menschen haben die Sorge, dass sie und ihre Lebensqualität nicht mehr wichtig sind. Diese Sorgen sind nicht aus der Luft gegriffen. Die Fakten Ihrer Politik sprechen für sich. Mit der Kreisgebiets-, Polizei- und Gerichtsstrukturreform hat sich die Landesregierung immer weiter von den Menschen entfernt.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Jochen Schulte, SPD)

Sie hat für einen spürbaren Rückzug des Staates aus der Fläche gesorgt. Wenn dann noch Bahnstrecken stillgelegt werden, Busse seltener und gar nicht mehr fahren, die Arztpraxis nicht wieder besetzt wird, die Sparkasse oder die Bank weit weg ist, online die Angelegenheiten aber nicht zu erledigen sind, weil kein schneller Internetanschluss da ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaja.)

dann fühlen sich viele alleingelassen und packen die Koffer.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja, genau.)

Ich will, Herr Nieszery, Fritz Reuter zitieren,

(Heinz Müller, SPD: So erklärt sich der Bevölkerungszuwachs.)

der seinerzeit,

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

der seinerzeit dieses Land so beschrieben hat: „Ja, Mecklenburg, du bist in sozialer Beziehung das Land der Extreme,“

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

„du hast Güter, auf denen man darauf studieren muß, die Erträge eines Jahres in einem Jahre aufzufressen, und du hast Büdnereien, in denen man darauf studieren muß, die Erträge eines Jahres nicht an einem Tage aufzufressen.“

Genau. Darum geht es. Wir können doch nicht tatenlos zusehen, wie wir auf solche Zustände, die von Fritz Reuter beschrieben wurden, zusteuern.

(Heinz Müller, SPD:
Ach, Fritz Reuter!)

Das soziale Oben und Unten, Reich und Arm fallen immer weiter auseinander und Sie leisten nicht einen Beitrag, um diese Schere zu schließen.

Mit diesem Haushaltsentwurf, meine Damen und Herren und Herr Ministerpräsident, setzen Sie keinerlei Akzente. Es fehlt Ihnen an Zukunftsideen für unser Land und Sie packen die wirklich wichtigen Probleme erst gar nicht an. Wir sind der Überzeugung, dieser Haushaltsentwurf ist in Zahlen gegossene Stagnation.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Er ist Ausdruck Ihrer Politik: ideenlos, arrogant und ignorant.

Und wissen Sie ...

(Vincent Kokert, CDU: Das ist auch das Einzige, was Sie bisher gesagt haben.)

Und wissen Sie ...

(Zuruf von Minister Harry Glawe –
Regine Lück, DIE LINKE: Kommentare von
der Regierungsbank sind nicht gestattet.)

Das glaube ich sehr wohl, Herr Minister.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wissen Sie, wozu das führt? Es führt dazu, dass immer weniger Menschen wählen gehen, dass immer weniger ihre demokratischen Möglichkeiten nutzen. Und wenn Sie mir nicht glauben, dann glauben Sie sicherlich dem Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

der dazu feststellt ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Der wohnt ja auch hier. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Jürgen Habermas stellt zu der Frage der Spaltung der Gesellschaft fest,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zitat: „Die Drift zur Spaltung der Gesellschaft verbindet sich ... mit dem alarmierenden Trend einer zunehmenden politischen Lähmung und Entfremdung von Wählerinnen und Wählern aus überwiegend unterprivilegierten Schichten ...“ Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren, immer öfter höre ich draußen im Land, dass viele Bürgerinnen und Bürger Ihre Politik, Ihre Art der Politik, Ihre Politik von oben herab leid sind. Sie tragen mit Ihrer Politik eine Mitverantwortung für die um sich greifende Politikverdrossenheit der Menschen.

Ich will etwas sagen zu dem Volksentscheid, der am Sonntag stattgefunden hat.

(Heinz Müller, SPD: Ah ja!)

Es war der erste aus der Mitte des Volkes initiierte Volksentscheid in Mecklenburg-Vorpommern. Allein der Umstand,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

allein der Umstand ...

Also, meine Damen und Herren der Koalition, ich verstehe,

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Fraktionsvorsitzender, ich bitte ...

Helmut Holter, DIE LINKE: ... ich verstehe Haushaltsdebatten als politische Grundsatzdebatten.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Holter! Herr Holter, ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen.

Helmut Holter, DIE LINKE: Ich spreche zum ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Haushalt!

Helmut Holter, DIE LINKE: Haushalt ist für mich eine politische Grundsatzdebatte, Frau Präsidentin.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Richtig so, Herr Holter! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Am vergangenen Sonntag fand dieser Volksentscheid statt. Allein der Umstand, dass es zu diesem Volksentscheid gekommen ist, sollte doch für die Landesregierung Grund sein, ihre Politik zu überdenken.

(allgemeine Unruhe)

Aber nein, Sie, meine Damen und Herren von der SPD und der CDU, machen weiter als sei nichts passiert.

Seien Sie doch mal ehrlich, Herr Selling, Sie hatten doch gar kein Interesse an einer hohen Beteiligung! Sie haben alles darangesetzt, dass diese Abstimmung keine Flecken auf Ihrer vermeintlich lupenreinen Weste hinterlässt. Zunächst wurde die Anzahl der Wahllokale auf das Mindestmaß ausgedünnt.

(Andreas Butzki, SPD: Das haben aber die Kommunen entschieden. Das haben die Kommunen entschieden.)

Lange und zum Teil beschwerliche Wege für die Bürgerinnen und Bürger wurden billigend in Kauf genommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das haben wir nicht entschieden und Herr Selling schon gar nicht. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Sie haben nicht objektiv informiert, worüber die Menschen entscheiden konnten.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Die Sommerpause ist vorbei, es geht wieder los.)

Die Frage, über die abzustimmen war, war derart konfus formuliert, dass es nur so von Beschwerden hagelte.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Fraktionsvorsitzender, ich weise Sie jetzt zum zweiten Mal darauf hin, dass Sie nicht zur Sache sprechen. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf dafür, einen Sachruf.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja wohl der Skandal hoch drei!)

Helmut Holter, DIE LINKE: Meine Damen und Herren, es steht mir nicht zu, die Präsidentin zu kritisieren

(Udo Pastörs, NPD: Ach, tut das gut!)

und ihre Anmerkung hier zu kommentieren. Ich möchte aber noch mal deutlich machen, dass ich Haushaltsdebatten als politische Grundsatzdebatten verstehe,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und einzelnen Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vincent Kokert, CDU: Ja.)

und ich rede über die politischen Grundsätze hier in Mecklenburg-Vorpommern.

Außerdem – ich setze meine Rede fort –, außerdem haben Sie entgegen den Unterschriften unter die Volksinitiative und unter das Volksbegehren Tatsachen geschaffen, und das hat etwas mit Haushaltspolitik zu tun, Frau Präsidentin. Ihre Signale an die Bevölkerung waren doch: Macht doch, was ihr wollt, wir ziehen unser Ding durch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir sind davon überzeugt, dass es richtig ist, Herr Holter.)

Meine Fraktion und ich danken allen Beteiligten sowie den Unterstützerinnen und Unterstützern für ihr Engagement bei diesem Volksentscheid. Es ist großartig, was dort geleistet wurde.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ein besonders großer Dank gilt den Menschen, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ich auch! Ich habe auch von meinem Stimmrecht Gebrauch gemacht.)

und der Landesregierung signalisiert haben, wir wollen diese Reform nicht, wir stimmen für eine bürgernahe Justiz.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ganz deutlich hat der Volksentscheid gemacht, dass die Hürden für dieses Instrument der direkten Demokratie viel zu hoch sind. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens ist nicht am Willen der Menschen gescheitert,

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sondern an einem völlig realitätsfernem Quorum.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der ist an den 25 Prozent gescheitert.)

Und, lieber Norbert Nieszery, wir – Jürgen Suhr ist heute nicht da –, wir vier, Vincent Kokert, Norbert Nieszery, Jürgen Suhr und ich, haben ja verabredet, wie wir die Landesverfassung ändern wollen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir haben in der Landtagssitzung vor der Sommerpause darüber gesprochen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Da ist doch die Frage, ob wir jetzt, und gerade Sie in der Koalition, zu diesen Verabredungen stehen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir stehen dazu.)

und noch in dieser Legislaturperiode die Quoren nicht nur bei Volksentscheiden, bei Volksbegehren, sondern auch in allen anderen verabredeten Fragen tatsächlich senken.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da sind wir doch einig! Da sind wir uns doch einig! Ja, aber das hast du damals bestritten, Helmut. – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das ist doch eine Frage, die jetzt wirklich an euch zu stellen ist, und da bitte ich auch um eine klare Antwort.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Meine Damen und Herren, Frau Polzin hat sich hier zu Zukunftsherausforderungen geäußert, aber ich frage mich, ob Sie und ob Sie, meine Damen und Herren der Koalition, sich überhaupt über die Herausforderungen der Zukunft im Klaren sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Selbstverständlich.)

Dabei liegen doch die aktuellen und zukünftigen Themen auf der Hand! Reden wir nicht seit Jahren über die Bevölkerungsentwicklung? Die Debatten sind ja teilweise an Absurdität nicht zu überbieten.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, genau.)

Der Tenor aus den Instituten in Halle und Dresden ist doch gleich: Kein Geld mehr in strukturschwache Gebiete! Die Menschen mögen doch die Koffer packen und in die Städte ziehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sagen wir doch nicht! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Welche Ansicht vertreten Sie denn? Die Antwort suche ich in dem vorgelegten Haushalt vergebens.

Reden wir nicht seit Jahren über den Breitbandausbau für eine gute und stabile Internetversorgung?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen wir doch! Schön den Haushalt lesen, da stehts drin! – Vincent Kokert, CDU: Machen wir doch!)

Ihre Antwort beschränkt sich im Wesentlichen auf einen Ruf nach dem Bund. Ich komme im Einzelnen darauf zurück.

(Vincent Kokert, CDU: Stimmt nicht.)

Reden wir nicht seit Jahren über die Armut im Land und die sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit?

(Vincent Kokert, CDU: Die ja gerade sinkt. Die sinkt!)

In Ihrer Antwort, in Ihrem Haushalt findet sich kein Entwurf zu aktiver Landesarbeitsmarktpolitik.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr richtig. „Wirtschaftsförderung“ heißt das Zauberwort. Sehr richtig.)

Sie sagen, dass Sie in die Zukunft investieren. Ich frage Sie hier und jetzt: Ja, wo denn? Der Sparstrumpf des Landes ist voll wie nie, die Finanzministerin Frau Polzin hat es bestätigt, und Sie sitzen darauf wie Onkel Dagobert in seinem Tresor.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Und das verkaufen Sie auch noch als erfolgreiche Politik!

Selbstverständlich ist es erforderlich, die Schulden des Landes abzubauen. Selbstverständlich müssen wir den Haushalt konsolidieren, das haben wir hier immer wieder betont. Tun Sie doch nicht so, als hätte der Schuldenabbau erst 2006 begonnen!

Selbstverständlich müssen wir mit Steuergeldern sorgsam umgehen, aber wir können doch nicht nach dem Motto „Sparen, koste es, was es wolle!“ verfahren und sparen, bis ganze Regionen endgültig ausgeblutet sind, sparen, bis die Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit gänzlich den Bach runter sind,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

sparen, bis den Kommunen am Ende die Luft zum Atmen genommen ist. Die Menschen wollen nicht, dass das Erreichte kaputtgespart wird!

Wir sind der festen Überzeugung, dies ist der falsche Weg. Wir können doch nicht ausschließlich schauen, wo noch gekürzt und gestrichen werden kann! Wir müssen doch endlich auch über die Seite der Einnahmen reden und diese in den Blick nehmen!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat doch die Ministerin gerade gemacht.)

Hier vermissen wir schon lange ein ernsthaftes Engagement.

Herr Nieszery, Sie kennen die Stichworte „Vermögenssteuer“, „Kapitalertragssteuer“ oder „Spitzensteuersatz“.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und dafür sind wir verantwortlich?)

Sie, meine Damen und Herren von der Großen Koalition, packen die Probleme nicht wirklich an. Sie ducken sich weg und schieben dringende Aufgaben auf die lange Bank. Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen.

(Andreas Butzki, SPD: Na, da bin ich ja mal gespannt.)

Wie sieht es denn in vielen Regionen des ländlichen Raumes aus? Vieles, was das Leben in diesen Regionen lebenswert macht, ist doch bereits weggebrochen, und nicht nur in meiner Fraktion wird eingeschätzt, dass diese Landesregierung sich offenbar von dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Landesteilen verabschiedet hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das stimmt überhaupt nicht!)

Nun befindet sich das Landesraumentwicklungsprogramm bereits in der zweiten Beteiligungsrunde. Darin sind richtigerweise ländliche Gestaltungsräume beschrieben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

also Räume, die besonders von den Folgen des demografischen Wandels betroffen sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Also sind wir uns doch der Problemlage bewusst. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Minister Pegel hat dazu auch entsprechende Expertenrunden und Gesprächsrunden einberufen. Warum, frage ich Sie, ist Ihnen diese große Aufgabe keine Zeile, keinen Cent in Ihrem Haushaltsentwurf wert?

Sie können sich doch nicht allen Ernstes allein darauf verlassen, dass das Ehrenamt das schon richten wird! Dieses ist ohnehin längst überfordert, da viele, zu viele soziale Angebote bereits weggebrochen sind. Dabei hilft auch die mit viel Brimborium eingerichtete Ehrenamtsstiftung nicht, deren Gelder ohnehin zu einem großen Teil von Personalkosten verschlungen werden.

Was haben Sie denn in diesen Regionen vor, meine Damen und Herren von der Landesregierung? Wollen Sie den Dingen ihren Lauf lassen und zuschauen, wie die Regionen langsam verkümmern? Das würde nichts kosten und läge somit auf der Linie Ihrer Sparwut. Wir sagen, das ist falsch, das ist Rückschritt pur!

Es kann doch wohl nicht wahr sein, Herr Minister Pegel, dass Ihre Tüte Milch, wie Sie selbst Ihre Räume beschrieben haben, auf absehbare Zeit leer bleiben soll. Deshalb schlagen wir Ihnen und den Kollegen Abgeordneten vor, in dem kommenden Doppelhaushalt ein Regionalbudget für Strukturentwicklung in Höhe von 100 Millionen Euro einzurichten, das die betroffenen Kommunen eigenverantwortlich bewirtschaften. So können, ...

(Vincent Kokert, CDU:
Deckungsquelle unbekannt! –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Diese alten Kamellen „Deckungsquelle unbekannt“, die können Sie nun wirklich stecken lassen!

(Vincent Kokert, CDU: Ich habe sie bisher noch gar nicht gehört, aber das kommt vielleicht noch.)

... so können die Einwohner auf die Stärken ihrer Region aufbauen und diese nutzen.

Also mit unserem Änderungsantrag wird auch die Quelle nachgewiesen.

(Vincent Kokert, CDU: Ah! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Geben Sie sich einen Ruck und füllen Sie den ersten Schluck in die Milchtüte von Christian Pegel!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, einen Schluck von 100 Millionen.)

Ich möchte ein drittes Thema ansprechen. Ein ganz wichtiges, ja, ein dringendes Thema für die gute Zukunft des Landes ist die Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit. Was ist denn aus Ihrem selbst formulierten Anspruch geworden, diese dauerhaft zu sichern? Sie wurselten hier immer noch auf der Grundlage eines Gesetzes aus dem Jahre 1997 herum. Damit hat sich auch an der kläglich geringen Summe für die Jugendlichen nichts geändert. Obendrein halten Sie stur allein an der Förderung der 10- bis 26-Jährigen fest, dabei wissen Sie doch ganz genau, dass deren Anzahl weiter zurückgeht.

Keine Angleichung in der Förderhöhe, kein neues Gesetz, wie gesagt, und auch für den kommenden Haushalt sehen Sie keinerlei Handlungsbedarf. So können Sie die Kinder- und Jugendarbeit nicht sichern! So führen Sie die Kinder- und Jugendarbeit immer näher an den Abgrund!

Über Bildung und vielfältige Kultur, die auch Herausforderungen für die Zukunft sind, wird meine Kollegin Frau Rösler im Einzelnen noch Näheres ausführen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Na, da sind wir ja gespannt.)

Ich muss mich schon wundern, meine Damen und Herren, wie es Ihnen seit Jahren gelingt, die Kommunen am langen Arm verhungern zu lassen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaaa,
deswegen machen wir Sonderprogramme!)

Ja, es tut weh, aber das müssen Sie nun mal aushalten!

(Vincent Kokert, CDU: Sie können uns doch nicht so entmutigen!)

Die kommunale Familie wird nicht müde, ...

Also, lieber Vincent Kokert, wir waren ja zusammen, glaube ich, bei verschiedenen Veranstaltungen – „25 Jahre

Städte- und Gemeindetag“ und beim Landkreistag war ich auch –, da ist genau das beklagt worden. Ich greife das ja nicht aus der Luft, sondern entnehme das öffentlichen Verlautbarungen der kommunalen Landesverbände.

... und die kommunale Familie, diese Familie wird eben nicht müde, eine Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs einzufordern.

(Heinz Müller, SPD: Machen wir. –
Vincent Kokert, CDU: Machen wir ja.)

Jaja.

Anstatt das FAG, also das Finanzausgleichsgesetz an die tatsächlichen kommunalen Bedarfe anzupassen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

hat sie, die Landesregierung, mit den Kommunen eine Stillhaltevereinbarung abgeschlossen und Sonderfonds am laufenden Band aufgelegt, um bloß nicht öffentlich über die Missstände debattieren zu müssen. Und genau das hat Frau Polzin eben wieder deutlich gemacht, dass weitere Sonderprojekte, Sonderfonds aufgelegt werden, um die Kommunen ruhigzuhalten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Fortgeschrieben, das ist doch logisch!)

Das ist schon ein starkes Stück, dass Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, das Gutachten, das die kommunalen Bedarfe ermitteln soll, und die Reform selbst bis nach der Landtagswahl nächstes Jahr verschoben haben. Sie haben sich mit Landesgeld kommunales Stillschweigen erkaufte und die Kommunen dazu gedrängt, von Klagen vor dem Landesverfassungsgericht abzusehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sind die
Kommunen etwa bestechlich, oder was?
Halten Sie die Kommunen für bestechlich? –
Vincent Kokert, CDU: Frau Gramkow
hat auch zugestimmt.)

Diesen Stillstand hat die kommunale Familie in Mecklenburg-Vorpommern nicht verdient.

(Torsten Renz, CDU: Darauf
müssen Sie jetzt aber mal
reagieren, das wäre nett.)

Auch bei dem Zukunftsthema schlechthin, dem Breitbandausbau, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung den Zug verpasst und rennt nun hinterher.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und das, wo bei der Südbahn
kein Zug mehr fährt. – Heiterkeit bei
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Erneut spiegelt sich auch in diesem Haushaltsentwurf das seit Jahren anhaltende Kompetenzgerangel innerhalb der Landesregierung wider. So gibt es ein paar Euro aus dem Landwirtschaftsministerium, ein paar Euro aus dem Innenministerium, ein paar Euro aus dem Energieministerium, dann noch die 50 Millionen Förderung, die aus dem Bundesprogramm „Kommunale Investitionspauschale“ im Einzelnen kommen. Ach ja, wir haben ja noch

genau dafür diesen Leertitel, und irgendwann wird dieser dann vom Bund gefüllt werden. Wie viel das sein wird, wissen wir nicht genau, aber eines ist klar: Es reicht vorne und hinten nicht! Und dann stellt sich noch die Frage der Kofinanzierung. Herr Pegel, ich weiß nicht, wie Sie das konkret machen wollen. Das sind doch Rechnungen mit zu vielen Unbekannten. Das ist zu wenig für einen Bereich, ohne den Zukunft nun wirklich nicht zu machen ist.

Frau Polzin hat zu Recht – da hat sie unsere Unterstützung – das Thema „Flüchtlings- und Asylpolitik“ angesprochen. Ich gehe davon aus – und wir haben alle an der Stelle Beifall geklatscht –,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

dass sich die demokratischen Fraktionen darüber einig sind, dass Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber, dass Menschen, die zu uns kommen, eine menschenwürdige Behandlung erfahren müssen. Dies gilt für die Unterbringung, für die Begleitung,

(Udo Pastörs, NPD: Für alles.)

die Hilfe, die Betreuung

(Udo Pastörs, NPD:
Die ganze Welt trifft sich hier.)

und die Arbeitsmöglichkeiten – eben für die gesamte Bandbreite, die erforderlich ist, um die Menschen, die zu uns kommen, bei uns zu integrieren. Sorgen wir gemeinsam dafür,

(Michael Andrejewski, NPD: Und dafür
pfeifen wir auf die Deutschen?! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass sich diese Menschen bei uns tatsächlich wohlfühlen und dass sie ankommen können, im wahrsten Sinne des Wortes, Herr Pastörs! Dafür werden wir sorgen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und deswegen sind wir auch bereit,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

notwendige Mehrbedarfe, die sich im Haushalt in dieser Frage abbilden werden, gemeinsam zu bereden, abzubilden und zu unterstützen.

Wir alle wissen nicht, wie sich die Lage entwickelt, aber eines möchte ich hier – wir reden ja über den Haushalt –, eines möchte ich hier noch anmerken: Ja, es ist richtig, dass Mecklenburg-Vorpommern – und das begrüßen wir – die Betreuungs- und Unterbringungskosten den Kommunen eins zu eins erstattet. Aber reden wir doch auch mal über die Folgekosten! Und da, Frau Ministerin und Herr Innenminister, sollten wir darüber sprechen, welche Folgekosten durch die Kommunen zu tragen sind und wie stark die Kommunen zusätzlich belastet werden durch die Flüchtlinge, die zu uns kommen und bei uns aufgenommen werden.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist keine
Belastung, das ist eine Bereicherung.)

Das, meine Damen und Herren, können wir so nicht stehen lassen. Auch in dieser Frage dürfen wir die Kommunen nicht alleinlassen.

Abschließend möchte ich Ihnen sagen:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was meinen Sie damit?)

Es gibt zwei Arten von Regierungen.

Was ich meine? Zum Beispiel die Elternbeiträge in der Kita, die durch die Kommunen zu übernehmen sind, wenn die Flüchtlingskinder in die Kita gehen.

(Heinz Müller, SPD: Haben wir mehr Kinder, müssen die Kommunen auch bezahlen, ja.)

Also, Herr Nieszery hat gefragt, was ich da meine. Die Kommunen haben Kosten, wenn Flüchtlingskinder – das ist gut so – in die Kita gehen. Dann werden die Elternbeiträge durch die Kommunen übernommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Das ist doch eine Frage, wo das Geld für die Kommune herkommt. Und es gibt andere Fragen. Reden Sie mal mit den Bürgermeistern!

Also abschließend, meine Damen und Herren: Es gibt zwei Arten von Regierungen – Regierungen, die regieren, und Regierungen, die das Leben der Menschen verbessern.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Das Schlimme an dieser Landesregierung, dieser Koalition, ist, sie gefällt sich beim Regieren, beim Verwalten und Sparen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Wir wollen das Leben der Menschen verbessern, und die Menschen im Land wissen, unser Land kann es besser, unser Land kann mehr. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Vincent Kokert, CDU: So, also
100 Millionen für Vorpommern.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Erwin Sellering.

(Udo Pastörs, NPD: Mit salbungsvollen Worten.)

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich etwas vorgedrängt, weil ich meine, dass es sich schon lohnt, Herrn Holter zu erwidern.

Wir haben heute einen Haushaltsentwurf, in dem zwei Dinge besonders wichtig sind. Mecklenburg-Vorpommern setzt seine solide Finanzpolitik fort. Wir legen wiederum einen ausgeglichenen Haushalt ohne Schulden vor und

wir investieren zugleich in Bereiche, die für die Entwicklung unseres Landes besonders wichtig sind: in wirtschaftliches Wachstum und Arbeit, in Kitas und Schulen. Ich bin überzeugt, das ist der richtige Weg, um Mecklenburg-Vorpommern weiter voranzubringen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, unseren Kurs der soliden Finanzpolitik halten wir seit Langem. Seit 2006 machen wir keine neuen Schulden mehr. Mehr noch: Wir haben die Verschuldung zurückgeführt, seit 2007 um insgesamt 840 Millionen Euro, das sind rund acht Prozent, allein im Zeitraum von 2011 bis 2014 insgesamt um 500 Millionen. Das ist ein Erfolg für Mecklenburg-Vorpommern und das ist ein verantwortungsvolles Handeln im Interesse der Menschen in unserem Land. Ich bin fest davon überzeugt, wir müssen diese solide Finanzpolitik fortsetzen. Die Mittel, die Mecklenburg-Vorpommern aus dem Solidarpakt erhält, das wissen alle, gehen von Jahr zu Jahr zurück, und außerdem ist die EU-Höchstförderung ausgelaufen.

Auch wenn die Wanderungszahlen inzwischen positiver sind, was für die Attraktivität dieses Landes spricht, es werden bei uns im Land in Zukunft erheblich weniger Menschen leben.

(Udo Pastörs, NPD: Da
kommen aber noch ein paar.)

Und dafür haben wir dann auch weniger Geld zur Verfügung, zum Beispiel aus dem Länderfinanzausgleich.

Der Weg solider Finanzpolitik hat uns in der Vergangenheit schwierige Strukturentscheidungen abverlangt und er wird uns auch weiter die Bereitschaft zur Veränderung abverlangen. Unser Land zukunftsfähig zu machen, das bedeutet eben auch, bestehende Strukturen an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen, so, wie wir das bei wichtigen Entscheidungen zur Organisation der Landesverwaltung getan haben, mit den beiden Personal-konzepten, mit der Verwaltungsreform, die diese Landesregierung auf den Weg gebracht hat, und genauso, wie wir das jetzt bei der Gerichtsstrukturreform getan haben. Ich finde es gut, dass die Bürgerinnen und Bürger sich dagegen entschieden haben, diese Reform zurückzudrehen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Und, Herr Holter, Sie sollten Demokrat genug sein, diese klare Entscheidung zu akzeptieren.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Ich bin mir sicher, meine Damen und Herren, dass auch in Zukunft schwierige Entscheidungen zu treffen sind. Ich bin auch überzeugt, dass es dann wieder Situationen geben wird, in denen einzelne Gruppen für ihre Interessen kämpfen und Positionen vertreten, die eben nicht mit wirklich zukunftsfähigen Strukturen in unserem Land in Einklang zu bringen sind. Ich bitte Sie alle sehr herzlich, das Verantwortungsbewusstsein zu bedenken und Ihr ganzes Engagement einer guten Zukunft unseres Landes zu

verschreiben, nicht kleinlichen Kampagnen für Einzelinteressen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist ja unglaublich! –
Michael Andrejewski, NPD:
Das ist der Gipfel der Arroganz.)

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, war nicht leicht. Die zurückgehenden Mittel aus dem Solidarpakt habe ich schon angesprochen. Hinzu kamen dieses Mal Bereiche, in denen Ausgabensteigerungen unvermeidlich sind. Die Finanzministerin hat schon etwas dazu gesagt.

Das gilt auch für die Kosten für die wachsende Zahl an Flüchtlingen. Das stellt uns vor große, manchmal schwierige Aufgaben, die wir gemeinsam mit dem Bund, mit den Kommunen, mit den Sozialverbänden und mit den Trägern der Flüchtlingsunterkünfte gut lösen müssen. Dabei ist vollkommen klar:

(Michael Andrejewski, NPD:
Und die Geschäftemacher.)

Es ist selbstverständliches Gebot der Menschlichkeit, Flüchtlinge, die in ihrer Heimat um Leib und Leben fürchten müssen, nicht in ihr sicheres Verderben zurückzuschicken,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sondern ihnen hier ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Vincent Kokert, CDU)

Das gilt auch weiterhin für uns in Mecklenburg-Vorpommern. Wir wollen ein weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern sein!

Ich freue mich sehr und sage ein großes Dankeschön an alle, die jetzt mit großem Einsatz ihren Beitrag leisten,

(Michael Andrejewski, NPD:
Sie meinen die paar Spinner!)

die einen großen Beitrag leisten, die Flüchtlinge willkommen zu heißen, und die schwierige Aufgabe bewältigen, um ihnen hier eine menschenwürdige Aufnahme bieten zu können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Die zuständigen Bediensteten, meine Damen und Herren, die zuständigen Bediensteten von Land und Kreisen in den Aufnahmeeinrichtungen, die zurzeit fast Übermenschliches leisten, vor allem aber die Ehrenamtlichen, die mit großem Einsatz dabei sind, um die Flüchtlinge hier willkommen zu heißen, denen können wir nur ein großes Dankeschön sagen. Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass sich ein sehr konstruktiver Umgang zwischen Bund und Ländern in dieser Frage abzeichnet, auch zur finan-

ziellen Unterstützung der Länder. Ich habe am Sonntag auf der SPD-Seite an der Vorbereitung des Koalitionsausschusses teilgenommen. Das Ergebnis kennen Sie alle. Das sind jetzt klare Zielrichtungen, die vereinbart worden sind, und das ist eine gute Vorbereitung für den Flüchtlingsgipfel von Bund, Ländern und Kommunen am 24. Ich bin zuversichtlich, dass wir die aktuellen Probleme in gemeinsamer Verantwortung lösen können. Für mich ist aber auch klar, wir brauchen eine einheitliche Flüchtlingspolitik in ganz Europa.

(Michael Andrejewski, NPD: Das können Sie vergessen. So blöd sind die anderen nicht.)

Ich finde es gut, dass dafür jetzt die Weichen gestellt werden sollen, und ich hoffe, dass es gelingt.

Meine Damen und Herren, das Wichtigste ist, dass wir die sehr positive Grundstimmung der großen Mehrheit,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

für die wir alle nur dankbar sein können, bei uns in Deutschland erhalten.

(David Petereit, NPD: Die große Mehrheit wie beim Volksentscheid, ne? –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Michael Andrejewski, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine solide Finanzpolitik ist eine Voraussetzung für eine Zukunft aus eigener Kraft. Die andere, das sind Investitionen in die Zukunft. Und der wichtigste Schwerpunkt dabei ist die weitere Stärkung der Wirtschaftskraft, ist die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen bei uns im Land. Das gilt nach wie vor, auch wenn unser Land in den letzten Jahren wirklich gut vorangekommen ist. Mecklenburg-Vorpommern steht wirtschaftlich besser da als je zuvor. Die Arbeitslosenzahlen befinden sich auf dem niedrigsten Stand seit der Deutschen Einheit. Nehmen Sie nur die Augustzahlen: weit über 5.000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr, mehr als 3.000 Arbeitsplätze mehr als vor einem Jahr! Und so geht das seit einiger Zeit Monat für Monat.

Meine Damen und Herren, wenn man Sie hört, Herr Holter, könnte man denken, Sie leben in einem anderen Land.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Und Sie leben im Schlaraffenland.)

Ich sage Ihnen, Sie können Mecklenburg-Vorpommern noch so schlechtreden, am Wahltag wird das nicht helfen. Die Wählerinnen und Wähler leben in Mecklenburg-Vorpommern und nicht in einem schwarzgemalten Holter-Land.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Die Realität sieht deutlich besser aus. Wir sind wirtschaftlich gut vorangekommen und die Grundlage dafür ist, wir haben gute Entwicklungen in klassischen Branchen, wie in der Land- und Ernährungswirtschaft, im Tourismus, Handwerk, gewerblichen Mittelstand.

(Vincent Kokert, CDU:
Das weiß Herr Holter auch alles.)

Und wir haben gleichzeitig ein dynamisches Wachstum in den für unser Land wichtigen Zukunftsbranchen, nämlich Gesundheitswirtschaft und erneuerbare Energien. Die Zugewinne in diesen Branchen überwiegen inzwischen bei Weitem die Verluste, zum Beispiel im Schiffbaubereich,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Ja, 500 Werftarbeiter.)

wo wir die aktuelle Entwicklung mit großer Sorge sehen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, so erfreulich die wirtschaftliche Entwicklung bei uns in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt ist, wir müssen noch zulegen und den Abstand zu den westdeutschen Ländern weiter verringern.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das kann noch besser werden.)

Dafür brauchen wir zum Beispiel Investitionen in die Infrastruktur, Straßen, Häfen, Hinterlandanbindungen. Deshalb treiben wir wichtige Projekte wie die A 14 oder den Ausbau der B 96n auf Rügen weiter voran. Und wir brauchen Investitionen in den Breitbandausbau.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Das ist eine große Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir haben die Kompetenzen für diesen Ausbau im Infrastrukturministerium gebündelt. Uns allen ist völlig klar, diese riesige Aufgabe wird das Land nicht allein stemmen können, das ist eine nationale Aufgabe, da ist der Bund mit in der Verantwortung. Und was der Bundesverkehrsminister jetzt vorgesehen hat, das reicht bei Weitem nicht aus, auch nach den neuen Ankündigungen der letzten Tage. Wichtig ist es, den Bedarf für den Breitbandausbau bundesweit zu vergleichen, und dann wird man sehen, dass die ostdeutschen Länder überproportional betroffen sind, dass hier die größten Kosten entstehen, und deshalb brauchen wir in dieser Frage auch mehr Unterstützung vom Bund.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Wir müssen über Rahmenbedingungen reden, die zu einer möglichst weitgehenden Reduzierung der Kosten führen. Wir brauchen Anreize, um für möglichst wenig Geld möglichst gute Ergebnisse zu erzielen. Das erfordert vor allem viel konkrete Planung und Arbeit. Einfach mal eine riesige Summe rüberzureichen und dann ist alles gelöst, das wird nicht gehen.

Allerdings, meine Damen und Herren, sage ich zu, dass für gut geplante, gezielte Umsetzung natürlich auch vom Land erhebliche Mittel bereitgestellt werden. Was immer sich in der zukünftigen Haushaltsentwicklung an Investitionsspielräumen ergibt, beim Breitbandausbau ist das Geld gut angelegt.

Meine Damen und Herren, klar ist natürlich auch, wir wollen weiterhin die Wirtschaft in unserem Land fördern, Neuansiedlungen, Erweiterungen, Existenzgründungen erfolgreich begleiten. Ich bin froh, dass die Investitionsausgaben trotz rückläufiger Solidarpaktmittel erheblich gesteigert werden können. Für 2016 stehen mehr als

1,2 Milliarden zur Verfügung. Das sind 128 Millionen mehr als 2015, und in 2017 setzen wir das fort mit 1,15 Milliarden. Auch das sind noch ...

(Zuruf aus dem Plenum: Milliarden!)

Milliarden. Auch das sind noch einmal 60 Millionen über 2015.

Meine Damen und Herren, dieses Investitionsniveau entspricht mehr als dem Doppelten vergleichbarer westdeutscher Flächenländer. Wir liegen damit im Vergleich an zweiter Stelle aller Länder. Das ist ein großes Engagement im investiven Bereich, eine wichtige Voraussetzung dafür, dass das Land wirtschaftlich weiter vorankommt, weiter aufholt gegenüber den westdeutschen Ländern. Dann entstehen auch Arbeitsplätze, und zwar Arbeitsplätze, für die man Geld verdient und nicht für die der Steuerzahler zahlen muss, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, einen zweiten Schwerpunkt setzen wir auch in diesem Doppelhaushalt wieder in den Bereichen Kita und Schule. Die Kitas sind ja seit Langem Schwerpunkt der SPD-geführten Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern. Wir wollen gute Chancen für alle Kinder von Anfang an. Wir haben die Landesausgaben für die Kita-Betreuung in den letzten zehn Jahren praktisch verdoppelt, und da sage ich, darauf bin ich stolz. Wir haben diese Länder eingesetzt, um die Kitas Schritt für Schritt zu verbessern,

(Udo Pastörs, NPD: Die Gelder.)

die Gelder eingesetzt, um die Kitas Schritt für Schritt zu verbessern.

Vor einigen Wochen, zum 1. August, sind wir den nächsten Schritt gegangen und haben den Betreuungsschlüssel in den Kindergärten weiter verbessert. Der lag vor einigen Jahren noch bei 1 : 18, jetzt liegt er bei 1 : 15. Und was sich zunächst technisch anhört, das bringt sehr konkrete Verbesserungen. Das bedeutet, dass die Erzieherinnen und Erzieher mehr Zeit für jedes einzelne Kind haben. Das ist ein wichtiger Fortschritt für Kinder bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Das heißt mit Blick auf den Haushalt, die Ausgaben für die Förderung in den Kitas und in der Tagespflege steigen weiter an auf knapp 194 Millionen in 2016, 11 Millionen mehr als dieses Jahr, und 2017 kommen dann noch einmal 6 Millionen Euro jährlich zusätzlich dazu – eine große, eine wichtige Anstrengung.

Meine Damen und Herren, was in der Kita begonnen wird, muss in der Schule fortgesetzt werden. Wie bei den Kitas gilt für die Schulen: Sie sind ein wichtiger Baustein für mehr Chancengleichheit, ein wichtiger Baustein dafür, dass jede und jeder Einzelne seine Talente und Begabungen entfalten kann, dass er den bestmöglichen Beitrag für die Gemeinschaft leisten kann.

Wir haben zu Beginn der Wahlperiode ein 50-Millionen-Euro-Paket für die Schulen aufgelegt, nicht einmalig, sondern Jahr für Jahr, auch jetzt im vorliegenden Doppelhaushalt. Wichtigste Ziele waren dabei, den Lehrerberuf attraktiver zu machen, den Unterrichtsausfall zu reduzieren, die Qualität der Schulen, die Qualität des Unterrichts weiter zu verbessern. In all diesen Bereichen haben wir

sehr erfolgreich gearbeitet, haben spürbare Verbesserungen erreicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Ich will bei dieser Gelegenheit einmal ganz deutlich sagen: Großes Kompliment an den Bildungsminister Matthias Brodtkorb, gute Arbeit, vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Jetzt gehen wir über diese Regelungen sogar noch hinaus. Die Ausgaben des Landes wachsen noch einmal deutlich. Mit diesen Mitteln wollen wir zum Beispiel die Ganztagschulen im Land ausbauen, die Situation an den Berufsschulen verbessern, kostenfreie Abschlüsse an den Volkshochschulen ermöglichen und zusätzliche Lehrerstellen finanzieren, die wir in Zukunft brauchen.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die große gemeinsame Aufgabe der Inklusion will ich sagen, wir sind parteiübergreifend auf einem guten Weg.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, natürlich.)

Der Schulfrieden hat sich bewährt. Ein breiter Konsens braucht natürlich Zeit, aber ich bin sicher, dass der Bildungsminister noch in diesem Jahr ein Konzept vorlegen kann. Im vorliegenden Doppelhaushalt haben wir schon gute Voraussetzungen geschaffen, dass das dann auch umgesetzt werden kann.

Also, meine Damen und Herren, ein insgesamt großes Engagement für den Schulbereich – ich bin davon überzeugt – ist unverzichtbar für eine gute Zukunft des Landes.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch auf ein Thema eingehen, das über diesen Doppelhaushalt hinausweist, das aber von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes ist. Sie alle wissen, Ende 2019 läuft der Solidarpakt II aus, die besondere Förderung für die ostdeutschen Länder, und klar ist, einen Solidarpakt III wird es nicht geben. Ich meine übrigens, das ist auch richtig so. 30 Jahre nach der Deutschen Einheit müssen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen am Ende Bundesländer sein wie alle anderen auch. Aber natürlich wird es auch nach 2019 weiterhin einen Länderfinanzausgleich geben müssen.

(Udo Pastörs, NPD: Wer soll den denn bezahlen? Da zahlen doch nur zwei oder drei.)

Den gibt es schon sehr lange und seit den 90er-Jahren nehmen auch die ostdeutschen Länder daran teil. Es geht dabei um ein wichtiges Ziel, um den Ausgleich zwischen den finanzstarken und den finanzschwächeren Ländern. Es geht um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland, so, wie das Grundgesetz das fordert.

Meine Damen und Herren, bei den Verhandlungen, die wir derzeit in Berlin unter den Ministerpräsidenten führen, aber auch zwischen Bund und Ländern, geht es darum, wie das Ganze nach 2019 aussehen soll.

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

Und da muss ich leider sagen, bisher liegt ein Vorschlag auf dem Tisch, dem die ostdeutschen Länder auf keinen Fall zustimmen können. Der Bund hat sich zwar bereit erklärt, zusätzliche Gelder zur Verfügung zu stellen – 8,5 Milliarden, das ist erfreulich –, aber die Vorschläge, die jetzt vorliegen, würden dazu führen, dass davon vor allem die großen westdeutschen Länder profitieren. Der Vorschlag würde bedeuten, dass Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu heute pro Jahr etwa 350 Millionen weniger zur Verfügung hat. Auch die anderen ostdeutschen Länder würden ein solches Minus hinnehmen müssen. Die finanzstarken Länder dagegen bekämen mehrere Hundert Millionen Euro mehr, Nordrhein-Westfalen zum Beispiel 1,3 Milliarden.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, diese 8,5 Milliarden, die dann im Wesentlichen nach Westen verteilt werden, sind finanziert aus dem Aufkommen des Solidarzuschlages, der ja mit dem Aufbau Ost begründet wird. Ich halte das für ungerecht und ich glaube auch nicht, dass das verfassungsgemäß ist. Es ist auch völlig klar, wozu dieser Vorschlag führen würde. Die Schere zwischen Ost und West würde sich nicht schließen, sondern weiter aufgehen.

Man kann sehen, und wir sind stolz darauf, die ostdeutschen Länder haben in den letzten 25 Jahren großartige Aufbauleistungen vollbracht, aber sie haben eben immer noch Rückstände bei der Finanz- und Wirtschaftskraft. Das gilt vor allem für die Kommunen. Und da geht es nicht, einen Länderfinanzausgleich zu schaffen, der die ostdeutschen Länder benachteiligt und abhängt. Wir brauchen einen fairen Ausgleich zwischen den Ländern, der allen gute Chancen für die Entwicklung bietet. Am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse muss unbedingt festgehalten werden. Ich sage Ihnen das so ausführlich, damit Sie wissen, mit welcher Haltung ich in die weiteren Verhandlungen gehe. Schon morgen werden wir sehen, ob wir diese geplante Benachteiligung des Ostens abwehren können. Ich halte das für äußerst wichtig.

Meine Damen und Herren, mit dem heute eingebrachten Doppelhaushalt setzt die Landesregierung ihre solide Finanzpolitik konsequent fort. Herzlichen Dank an die Finanzministerin für die hervorragende Arbeit bei der Haushaltsaufstellung, für die gute Zusammenarbeit bei diesem wichtigen Thema. Ich bin davon überzeugt, dieser Entwurf ist ausgewogen und er setzt klare Schwerpunkte in den Bereichen, die für die Zukunft des Landes wichtig sind: Wirtschaft und Arbeit, Kitas, gute Schulen. Dieser Haushalt ist ein wichtiger Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wissen Sie, ich freue mich ja immer wieder über „Dinner for One“ zu Silvester, ich freue mich auch über die Ansprache des Bundespräsidenten zu Weihnachten,

(Udo Pastörs, NPD: Sie haben aber einen schlechten Geschmack. – Michael Andrejewski, NPD: Da sind Sie aber anspruchslos.)

und ja, ich freue mich auch immer wieder über das Grußwort unseres Ministerpräsidenten zum Haushalt.

(Torsten Renz, CDU: Sie haben ja auch schon so viel erlebt, Herr Saalfeld.)

Da weiß man, es sind wieder zwei Jahre, die ins Land gegangen sind,

(Torsten Renz, CDU: Mindestens schon fünfmal waren Sie dabei.)

und ja, den Ministerpräsidenten gibt es auch noch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Witzig, ganz witzig. – Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als ich das Sommerinterview von Herrn SELLERING in diesem Jahr gelesen habe und er darin seinen Plan bestärkt hat, nochmals für fünf Jahre anzutreten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So witzig, Herr Saalfeld. – Vincent Kokert, CDU: Jetzt kommen wir mal zum Thema!)

da habe sicherlich nicht nur ich mich gefragt, sondern auch Sie, warum er eigentlich noch eine Legislatur machen möchte,

(Jochen Schulte, SPD: Ja, das frage ich mich bei Ihnen auch.)

wenn er denn schon in den letzten Jahren kaum in Erscheinung getreten ist.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe aus dem Plenum: Oooh!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Saalfeld, auch an Sie bitte die Aufforderung: Sprechen Sie zur Sache!

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin, mache ich.

(Vincent Kokert, CDU: Ich nehme an, das geht so weiter.)

Also habe ich mir nun den neuen Doppelhaushalt vorgenommen

(Dietmar Eifler, CDU: Er hat ja nichts zu sagen.)

und habe intensiv reingeschaut,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Das glaube ich nicht.)

um zu sehen, welche Ziele und Pläne

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Glaube ich nicht.)

den Ministerpräsidenten und seine Landesregierung

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Glaube ich nicht. – Julian Barlen, SPD: Einfach mal reingeguckt.)

denn noch so bewegen.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und da erteilte mich die nüchterne Feststellung: Wie der Ministerpräsident und die Landesregierung, so auch der Haushalt – Stagnation, im besten Falle nur Wahrung des Status quo. Aber einen wirklichen Gestaltungswillen kann ich aus dem Haushalt nicht herauslesen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist manchmal auch eine Verständnisfrage. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nö, können Sie einfach nicht.)

Wie der Haushalt also, so der Ministerpräsident.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Gestaltungsspielraum hätte es ja dieses Mal definitiv gegeben. Die Rahmenbedingungen könnten nicht günstiger sein: Die Steuereinnahmen sprudeln und die Zinsen bewegen sich auf einem historisch niedrigen Niveau.

(Vincent Kokert, CDU: So, jetzt kommen wir mal zu Ihren Ausgaben. – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

400 Millionen Euro mehr pro Jahr stehen im Haushalt nächstes Jahr zur Verfügung.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Durch das niedrige Zinsniveau infolge der Euro- und Griechenlandkrise muss das Land sogar 200 Millionen Euro weniger zahlen als noch wenige Jahre zuvor. Zusammen stehen also in den kommenden beiden Jahren 1,2 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als in den Jahren zuvor.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Das muss man sich erst mal vor Augen führen!

(Vincent Kokert, CDU: Ja, ehrlich! Ehrlich!)

Aber unten im Land kommt das Geld nicht an.

(Vincent Kokert, CDU: Nein.)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, obwohl es so viel Geld gibt in diesem Haushalt,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: 1,2 Milliarden können wir ausgeben.)

obwohl es ein Rekordhaushalt war, verfallen trotzdem die Schulen, trotzdem werden die Theater kaputtgespart,

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Wo denn? Wo denn? –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

trotzdem wird der Breitbandausbau nicht vorangetrieben,

(Vincent Kokert, CDU: Wo denn? Beispiele!)

trotzdem werden die Hochschulen weiter an der kurzen
Leine gehalten, trotzdem werden die Ausgaben für den
Klimaschutz gekürzt, trotzdem werden die Gerichte aus
der Fläche zurückgezogen,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

trotzdem wird die Südbahn geschlossen, trotzdem wird
die Integration von Flüchtlingen vernachlässigt

(allgemeine Unruhe –
Zurufe von Stefanie Drese, SPD,
und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und trotzdem werden die Kommunen im Regen stehen
gelassen – und das alles in einem Rekordhaushalt. Das
passt doch nicht zusammen!

(Beifall vonseiten
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende
Haushalt ist ineffizient. Zu viel Geld versickert ohne Wir-
kung. Noch nie in der Geschichte des Landes wurden
gesellschaftliche Strukturen so kaputtgespart und es
wurde gleichzeitig so viel Geld ausgegeben. Und das
bejubelt die Landesregierung heute auch noch. Tut mir
leid, in diesen Jubel können wir leider nicht einstimmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tut uns echt leid.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz günstiger
Rahmenbedingungen und historisch niedriger Zinsen
verwaltet die Landesregierung den Status quo, anstatt das
Land zu gestalten und Herausforderungen mutig anzuge-
hen. Und wenn ich höre, wie Frau Polzin heute hier darge-
legt hat, dass man nun keine großen Luftsprünge erwarten
dürfe, obwohl doch die Einnahmen so groß sind, und dass
man aufpassen müsse auf das Jahr 2020,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ja, das muss man auch. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wo die gesamten Finanzbeziehungen zwischen Bund
und Ländern neu geordnet werden, dann, muss ich sa-
gen, wäre doch die richtige Konsequenz gewesen, diese
vielen zusätzlichen Einnahmen auf die hohe Kante zu
legen. Aber nein, Sie geben sie mit beiden Händen aus
und entnehmen sogar noch Geld aus der Rücklage.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist
ja ein Widerspruch in sich.)

Von wegen, Sie sparen überhaupt nicht,

(Vincent Kokert, CDU: Ich denke, wir
haben 1,2 Milliarden zum Ausgeben.)

von wegen, Frau Polzin macht eben keine verantwor-
tungsvolle und verantwortungsbewusste Ausgabenpolitik,

(Vincent Kokert, CDU: Nee? –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

sondern sie gibt es mit beiden Händen aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, wofür
denn, Herr Saalfeld? Wofür denn?)

Die 7,8 Milliarden Euro

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, wofür? Sagen Sie mal, wofür!)

gehen ja sozusagen raus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, aber wofür?)

Sie werden nicht gespart.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wofür?)

Es wird nicht in den Schuldenabbau gesteckt, nichts.

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Also, das ist wirklich ...)

Ich erkenne es nicht, wie Sie es ausgeben.

(Vincent Kokert, CDU: Was?
Also Sie haben den Haushalt
wirklich nicht gelesen, Herr Saalfeld.)

Bei den wichtigen Themen für unser Land schmückt sich
die Landesregierung im Übrigen auch mit fremden Fe-
dern und findet nur schöne Worte.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Beispiel: Breitbandausbau. Das ist ja hier ein sehr viru-
lentes Thema und alle Fraktionen schmücken sich uniso-
no mit der Forderung, wir müssen was für den Breit-
bandausbau tun.

(Torsten Renz, CDU:
Außer den GRÜNEN.)

Da sind wir uns doch erst mal einig. Wir müssen was tun.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na also!)

Da müssen wir etwas tun.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nächstes Thema!)

Aber schöne Worte allein reichen nicht. Alle wissen, wie
wichtig diese Herausforderung ist, in unserem Land
schnelle Leitungen für schnelles Internet zeitnah auszu-
bauen. Alle demokratischen Fraktionen sind sich einig.
Die rot-schwarze Landesregierung legt nun einen Haus-
halt vor und da schauen wir rein und können genau ables-
sen, was die Landesregierung vorhat auszugeben. Jetzt
halten Sie sich bitte fest! Erstens wollen Sie 30.000 Euro
an Landesmitteln für ein Gutachten ausgeben.

(Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD: 30.000 Euro für ein Gutachten! Mein lieber Mann, was wir da alles machen können! – Regine Lück, DIE LINKE: Super!)

Zweitens geben Sie in den Kofinanzierungsfonds noch 5 Millionen Euro zusätzlich rein, aber nicht etwa nur für den Breitbandausbau, sondern, meine sehr geehrten Damen und Herren, die 5 Millionen Euro könnten auch für völlig andere Sachen zur Kofinanzierung ausgegeben werden.

(Julian Barlen, SPD: Das machen Sie für 15 Euro wahrscheinlich, oder?!)

Ansonsten greift das Land nur auf Bundesmittel und EU-Mittel zurück.

(Julian Barlen, SPD: Selbst gefälschte 15 Euro.)

Und jetzt ruft die Landesregierung laut nach mehr Bundesmitteln. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist natürlich nicht sehr glaubwürdig, wenn einerseits nur 30.000 Euro an echten Landesmitteln im Haushalt stehen und andererseits die Landesregierung nach mehr Bundesmitteln ruft. Dann hat man keine starke Verhandlungsposition,

(Egbert Liskow, CDU: Haben Sie denn zugehört?)

wenn man nicht mal ansatzweise nachweisen kann, dass einem das Thema selbst wichtig ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Großer Strategie.)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, da muss man meines Erachtens tatsächlich nachsteuern.

Zudem bremst die Landesregierung den Breitbandausbau auch noch aktiv aus, und zwar, weil die Telekommunikationsfirmen momentan nicht wissen, ob nun noch weitere Landesförderung kommt oder nicht. Jedes Unternehmen legt derzeit den Ausbau von Internet, von schnellen Internetleitungen auf Eis, weil ja in ein paar Jahren für den gleichen Ausbau möglicherweise noch Förderungen kommen könnten. Da sieht man mal, wie kontraproduktiv es sein kann, wenn man nicht rechtzeitig eine geschlossene und umfassende Ausbaustrategie für das Land vorlegen kann. Und diese Ausbaustrategie fehlt. Sie fehlt einfach. Deswegen investieren die Firmen momentan nicht und gehen nicht in Vorkasse. Das heißt, Sie bremsen momentan den Ausbau des Internets aktiv aus.

(Beifall Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nächstes Beispiel,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat Ihnen die Telekom erzählt, ja?!)

nächstes Beispiel ...

(Vincent Kokert, CDU: Wo ist denn diese These belegt, Herr Saalfeld?)

Ja, fragen Sie mal die Firmen!

(Andreas Butzki, SPD: Glauben Sie selbst, was Sie erzählen?)

Die warten jetzt ganz genau, was wie kofinanziert und finanziert wird. Die gehen nicht mehr in Vorkasse.

(Vincent Kokert, CDU: Sie können davon ausgehen, dass wir auch mit den Leuten reden.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau das hat mir neulich der Typ von der Telekom erzählt, genau in demselben Wortlaut. Das hat er direkt aufgeschrieben.)

ein nächstes Beispiel dafür, dass sich die Landesregierung bei den wichtigen Themen für unser Land nur mit fremden Federn schmückt oder eben schöne Worte findet, ist nämlich das Thema Bildung. Wir haben es ja gerade gehört, der Ministerpräsident hat noch mal sein 50-Millionen-Euro-Paket aus dem letzten Haushalt lobend erwähnt.

(Vincent Kokert, CDU: Ihr fandet das auch gut!)

Sie kennen alle die Debatte darüber und Sie wissen auch, nachdem sich das Land bei der Altersteilzeit mächtig verrechnet hatte und hier und da noch ein Loch stopfen musste, waren zum Schluss noch 6 Millionen Euro für die eigentlichen Zwecke übrig.

(Vincent Kokert, CDU: So ein Quatsch!)

Schade!

(Vincent Kokert, CDU: So ein Quatsch! Also ihr seid wirklich Rechenkünstler!)

Und jetzt treten Sie auf und sagen, ja, ja, aber die Bildung bekommt doch dieses Jahr – also nächstes Jahr, 2016 –

(Vincent Kokert, CDU: Wir schenken euch mal einen Taschenrechner, Herr Saalfeld, da könnt ihr nachrechnen.)

noch mal 70 Millionen Euro mehr. Das hörten wir heute alles schon. Schauen wir genau hin! 35 Millionen Euro von diesen 70 Millionen stammen vom Bund, und zwar aus den Entlastungen bei den BAföG-Mitteln und den Entlastungen bei den Kostensteigerungen

(Egbert Liskow, CDU: Ist das kein Geld?)

für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Was ist denn daran jetzt schlimm? Gar nichts!)

Dieses Geld nutzt die Landesregierung, um Defizite in der Bildungsfinanzierung,

(Vincent Kokert, CDU: Zum Beispiel.)

die sie selbst verursacht hat, zu stopfen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo denn?)

Na, die Unterfinanzierung der Hochschulen, da wurde ja nun dargelegt,

(Vincent Kokert, CDU: Das war Ihre Auffassung! Wo ist das denn belegt?)

dass das Land hier über Jahre seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und der Bund wollte ja dieses Geld zusätzlich ausgeben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja unglaublich! Was erzählen Sie denn da für Märchen?!)

Ich glaube, das wird in Ihrer Fraktion auch gar nicht bestritten.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Manfred Dachner, SPD)

Und nun hat die Landesregierung das Geld des Bundes einfach genommen, um eigene Löcher zu stopfen.

Im Übrigen, von diesen 70 Millionen muss man noch mal 20 Millionen Euro für die Tarifsteigerungen bei den Lehrern abziehen. Es bleiben also von den 70 Millionen noch 15 Millionen Euro für die Bildung und die kann man nun wirklich nicht als Schwerpunktsetzung verkaufen. Also bei allem Respekt, aber das ist nicht mehr viel.

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD, Maika Friemann-Jennert, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Nächstes Beispiel: Angeblich bekommen die Kommunen mehr Geld, das habe ich in einer Pressemitteilung von Herrn Caffier gelesen. Ich gucke ins FAG, ich gucke in den Haushalt – ich finde da nicht mehr Geld, Sie wahrscheinlich auch nicht.

(Beate Schlupp, CDU: Das wundert mich eigentlich nicht, dass Sie da nichts finden.)

Die 70 Millionen Euro, die angeblich nächstes Jahr zusätzlich zu den Kommunen fließen sollen, waren ja schon vor über zwei Jahren versprochen worden, nämlich über den entsprechenden Sonderfonds. Da ist nichts dazugekommen, ganz im Gegenteil.

(Minister Harry Glawe: Das ist es ja, Herr Saalfeld! Sie können keinen Haushalt lesen, das ist eben das Problem.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der Städte- und Gemeindetag und der Landkreistag haben in einem Brief deutlich dargelegt, dass sie sich von der Landesregierung in diesem Doppelhaushalt viel mehr Unterstützung erhofft hätten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch kein Wunschkonzert hier!)

aber Pustekuchen, nichts kam. Die Beteiligungsquote wurde gleich hoch gelassen, obwohl ja gerade angezeigt gewesen wäre,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

bei der Verbesserung der Einkommenssituation und der Einnahmesituation auch die Kommunen in besonderem Maße daran teilhaben zu lassen, denn im Gegensatz zum Land

(Heinz Müller, SPD: Verstehen Sie, was Beteiligungsquote heißt?)

können die Kommunen momentan nicht ihre Schulden reduzieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das weiß er nicht. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Stattdessen erhöhen sich die Kassenkredite immer weiter und wir liegen, glaube ich, jetzt bei über 750 Millionen Euro Kassenkrediten bei den Kommunen. Ich halte das für eine dramatische Entwicklung.

Hier sehen wir auch noch mal, dass viele Jahre verloren gegangen sind. Wir hätten ja schon 2014 bei der FAG-Novelle eine Verbesserung der Situation herbeiführen können. Damals einigten Sie sich – nein, Sie einigten sich eigentlich nicht, es gab einen Streit zwischen SPD und CDU, sodass man das Problem vertagen musste –, Sie einigten sich darauf, ein Gutachten anzuregen, was frühestens im Herbst 2016 fertig ist, sodass man das dann erst 2017 beschließen kann, was dabei herauskommt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da sind Sie ja nicht mehr da, Herr Saalfeld. Schade eigentlich.)

2018 soll das dann in Kraft treten.

(Torsten Renz, CDU: Da sind Sie ja nicht mehr da.)

Also Sie sehen, vertagte Probleme kommen schneller zurück, als man denkt.

(Torsten Renz, CDU: Da können Sie gar nicht mitreden. Da sind Sie gar nicht mehr da. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das sind einfach vertane Jahre, meine sehr geehrten Damen und Herren, und darauf möchte ich dann doch noch mal eingehen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Worauf denn?)

dass nämlich viele Jahre verschenkt wurden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja!)

Bei den Kommunen habe ich das gerade dargelegt. Sie hätten 2014 mit der FAG-Novelle – und das hatten Sie sich, glaube ich, auch mal vorgenommen im Koalitionsvertrag – hier eine entsprechende Novelle vorlegen können.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das haben wir Ihnen schon mal erklärt, Herr Saalfeld.)

Beim Klimaschutz – das ist das nächste Beispiel, wo wir viele Jahre verloren haben – sieht es auch ganz düster aus. Ich weiß nicht, ob Sie sich das im Haushalt schon mal genauer angeschaut haben,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

wie es in dem Kapitel zur Energie und zum Klimaschutz aussieht. Es sieht nicht gut aus. Da wird nämlich enorm viel Geld eingespart. 2015 waren es ja noch 12,7 Millionen Euro, 2016 sind es nur noch 11,5 Millionen Euro und in 2017 sind es dann nur noch 10,5 Millionen Euro. Also peu à peu wird momentan in diesem Haushalt bei der Energiewende und beim Klimaschutz gespart. Ich finde, das ist ein Anachronismus. Das ist doch,

(Beate Schlupp, CDU: Haben Sie auch den 08er-Haushalt gelesen, Herr Saalfeld?)

das ist doch eigentlich eine Entwicklung,

(Egbert Liskow, CDU: Haben Sie Landwirtschaft auch angeguckt? Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz?)

die in die völlig falsche Richtung geht. Gerade kurz vor der Klimakonferenz in Paris baut die Landesregierung hier ihre Mittel für den Klimaschutz ab. Ich finde das sehr bedenklich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nennen Sie mir mal eine Regierung, die besser ist im Klimaschutz als wir! Mann, Mann, Mann!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie kennen ja sicherlich noch die Debatte über das Förderprogramm aus EU-Mitteln. Da gibt es so einen Klimaschutzfonds, der angeblich mit 10 Millionen Euro aus revolvingierenden Mitteln, aus EU-Mitteln gefüllt werden sollte. Wir haben von Anfang an gesagt, der ist falsch konstruiert,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, klar! Sie sind immer am Rechnen.
Alle anderen machen nur Blödsinn.
Sie sind der Einzige, der weiß, was los ist.)

weil man momentan keine Kredite an Unternehmen vergeben muss, wenn am Markt eine Niedrigzinsphase herrscht. Genau das ist dann auch eingetreten, was wir befürchtet haben: Die Unternehmen wollten aus diesem Klimaschutzfonds keine Kredite nehmen, die dann auch revolvingierend in dieses Sondervermögen hätten zurückfließen können.

(Udo Pastörs, NPD: Er erklärt die Welt.)

Genau das ist passiert und wir haben keine Rückflüsse. Ich weiß nicht, was jetzt mit dem Geld passiert. Ende 2015 muss es wahrscheinlich zurück zur EU fließen. Wir wissen es noch nicht, wir werden uns darüber informieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau dafür gibt es ja die Ausschusssitzungen.)

Aber auch hier sind viele Jahre verloren gegangen. Wir hatten das 2011 oder 2012 schon angemerkt, nichts ist passiert. Wir hatten gesagt, wandeln Sie das lieber in Zuschüsse um, das ist zwar nicht ganz so attraktiv, aber es ist eben zeitgemäß, weil momentan keine Kredite benötigt werden, sondern echte Zuschüsse. Auch hier ist nichts passiert, das Geld ist vier Jahre liegengeblieben. Viel Zeit haben wir verloren, viel Zeit ist vergangen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Themenfeld Wohnraumförderung sieht es genauso aus, da haben wir auch viel Zeit verloren. Warum? Das Programm

„Lifte und Fahrstühle, barrierearmes Wohnen“ im Umfang von 5 Millionen Euro, das Sie noch vor einiger Zeit groß angekündigt haben,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

ist überhaupt noch nicht genutzt worden.

(Egbert Liskow, CDU: Warum?)

Ja warum, Herr Liskow? Weil sich vielleicht die Landesregierung nicht wirklich bemüht hat, das umzusetzen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Stimmt doch gar nicht! – Beate Schlupp, CDU:
Das ist doch ein grundsätzliches Programm.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, also auch das ist eine Luftnummer. Beim barrierefreien Wohnen sind wir nicht vorangekommen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was erzählen Sie denn da?! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und auch die Wohnraumförderung wird anachronistisch eingespart, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie den Minister mal gefragt, wie der Mittelabfluss ist?
Das ist doch eine glatte Lüge!)

Während 2014 noch 21 Millionen Euro bei der Wohnraumförderung zur Verfügung standen, waren es 2015 19,4 Millionen, 2016 sind es dann nur noch 11,2 Millionen und 2017 nur noch 9 Millionen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier laufen die Mittel langsam Richtung null. Das finden wir schade, weil ja die Wohnraumförderung eine wichtige Zukunftsaufgabe ist, gerade in den aktuellen Zeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir GRÜNE sind insgesamt mit dem vorgelegten Haushalt nicht zufrieden,

(Heinz Müller, SPD: Och, schade! –
Vincent Kokert, CDU: Frau Berger ist sehr zufrieden. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

das haben Sie sicherlich festgestellt.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wir GRÜNE fordern stattdessen, dass wir die Mittel sehr viel effizienter einsetzen. Und wenn man von solider Ausgabenpolitik spricht wie Frau Polzin,

(Vincent Kokert, CDU: Effizienz! –
Egbert Liskow, CDU: Wo wollen Sie das wegnehmen?)

dann darf man natürlich das Geld nicht mit beiden Händen ausgeben,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

dass zum Schluss nichts mehr übrig ist von den zusätzlichen Steuereinnahmen und den Zinsersparnissen.

(Vincent Kokert, CDU: Dafür sind wir deutschlandweit bekannt, dass wir das Geld mit vollen Händen ausgeben! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Insbesondere Frau Polzin, die neigt zur Verschwendung!)

Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist widersprüchlich, das ist absolut widersprüchlich. Wir GRÜNE fordern, in allen Ministerien auch in Zukunft mal die Fördermittel auf Nachhaltigkeit und Umweltfreundlichkeit hin zu untersuchen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Natürlich, wir haben das hier verhandelt.)

Umweltschädliche Subventionen, die zu immer mehr Flächenverbrauch und Massentierhaltung führen, müssen reduziert werden.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Die Fördermittelpolitik muss sich noch mehr am Tierwohl und an der Umweltverträglichkeit orientieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf aus dem Plenum: Ja, ganz richtig.)

Ich warne auch davor,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aufgewacht sind die da drüben jetzt.)

ich warne auch davor, die Flüchtlingssituation in der Haushaltsdebatte unnötig zu instrumentalisieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Einzige, der das bisher gemacht hat, waren Sie.)

Die Bundesregierung – das wurde heute aber auch sehr sachlich dargestellt –,

(Jochen Schulte, SPD: Das steht in seinem Redetext. Das hat ihm jemand aufgeschrieben, das muss er vorlesen.)

die Bundesregierung stellt im kommenden Jahr für Mecklenburg-Vorpommern rund 80 Millionen Euro zur Verfügung, und damit ist meines Erachtens zumindest die Finanzierung der Unterkunft erst einmal sichergestellt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Aber wir GRÜNE fordern auch, wie es Herr Holter ausgedrückt hat, sich schon frühzeitig um die Folgekosten zu kümmern. Wir wollen, dass die Integration nicht aus den Augen verloren wird,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn die Integration der Flüchtlinge ist absolut wichtig und könnte, wenn sie verpasst wird, zu Folgekosten führen, die erheblich höher sein werden, als wenn man sich frühzeitig darum kümmert. Ich denke da an Integrationskurse, ich denke da an Sprachkurse. All das finden wir im Haushalt noch nicht in dem Maße berücksichtigt, wie es berücksichtigt werden müsste.

(Udo Pastörs, NPD: Nein, da muss mehr Geld her.)

Hier muss der Haushaltsentwurf konkret nachgebessert werden. Flüchtlingspolitik bedeutet nicht nur Unterkunft, Flüchtlingspolitik bedeutet auch, für die Integration derjenigen zu sorgen, die länger hierbleiben.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir GRÜNE werden uns den vorliegenden Haushaltsentwurf in den Landtagsausschüssen weiterhin anschauen und natürlich auch entsprechende Änderungsanträge vorlegen. Ich freue mich auf die Debatte in den Ausschüssen, aber auch in der entsprechenden Aussprache in der Zweiten Lesung. – Ich danke zunächst für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Saalfeld.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir vorab, bevor ich zu dem eigentlichen Haushalt komme, noch zwei, drei persönliche Bemerkungen zu machen zu dem vorliegenden Doppelhaushalt. Ich glaube, dass er aus zweierlei Gründen ein ganz besonderer Haushalt ist.

Erstens geht er – und das ist schon ein Sonderfall – über diese Legislaturperiode hinaus, das heißt bis 2017. Und ich glaube schon, dass das ein besonderer Haushalt ist, den wir beschließen.

Zweitens ist es nach 25 Jahren deutscher Wiedervereinigung, nach 25 Jahren, die unser Land wieder in Freiheit und Selbstbestimmung leben kann, auch ein besonderer Doppelhaushalt, denn wir werden am 3. Oktober einen ganz besonderen Tag auch in Mecklenburg-Vorpommern feiern.

Deshalb will ich es nicht verabsäumen, denjenigen, die in den letzten 25 Jahren dazu beigetragen haben, dass unser Land sich so entwickelt hat, wie es sich entwickelt hat, zu danken. Da denke ich vor allem an die Mitbürgerinnen und Mitbürger, an die vielen kommunalen Vertreterinnen und Vertreter, Bürgermeister, Landräte, Regierungsmitglieder, Mitglieder und Abgeordnete des Landtages. Und wenn ich zwei ganz besonders erwähnen darf, dann sind zwei seit 25 Jahren hier Zeitzeugen meines Wissens, Till Backhaus und Lorenz Caffier, die sicherlich viel aus der Anfangszeit erzählen können.

Herr Holter, ich habe eine andere Wahrnehmung von unserem Land. Ich gehe sogar so weit zu sagen, ich glaube, unsere wunderschöne Heimat war noch nie in der Geschichte so schön wie heute.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE –
Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Und dafür will ich Ihnen hier heute Danke sagen.

Ja, Sie können sich darüber ruhig lustig machen. Wissen Sie, das stört mich überhaupt nicht,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD –
Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE,
und Michael Andrejewski, NPD)

weil ich das aus der festen Überzeugung sage, dass es diese Menschen, die sich um den Aufbau dieses Landes verdient gemacht haben,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

durchaus verdienen, dass sie auch mal in so einer Runde gewürdigt werden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind heute nicht umsonst zu dieser Sondersitzung zusammengekommen. Da heißt es nicht nur, Grußbotschaften vorzulesen, wie von Herrn Saalfeld, die durch seine Pressestelle aufgeschrieben wurden,

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern da geht es natürlich auch darum, darüber zu sprechen, dass es für die Menschen in diesem Land überwiegend eine gute Nachricht ist, was in diesem Landeshaushalt vorgebracht wird. Ich will Ihnen gerne versuchen zu begründen, warum es eine gute Nachricht für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ist. Es ist – und darauf ist mehrfach hingewiesen worden – erneut ein Doppelhaushalt ohne neue Schulden.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Und wenn Sie sich die aktuelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ansehen, dann ist das schon etwas ganz Besonderes,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wir sind da Vorbild.)

und das noch dazu für ein ostdeutsches Bundesland, was tatsächlich nicht von der Muse geküsst wurde, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung geht. Man muss, ob man kritisch ist oder nicht, durchaus anerkennen, dass diese Landesregierung es fast im zehnten Jahr geschafft hat, einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ich empfinde das manchmal so, wenn man keine eigenen politischen Konzepte hat, kommen vielleicht alle Ankündigungen – für mich jedenfalls – auch manchmal etwas kümmerlich und weltfremd hier rüber, weil man natürlich immer die Frage der soliden Haushaltsfinanzierung stellen muss, wenn Sie Ihre Vorschläge machen. Und wenn dann auf meinen Zwischenruf, wo nehmen Sie denn die 100 Millionen Euro her, gesagt wird, wissen Sie, Herr Kokert, das sind alles alte Kamellen, dann können wir als gelernte DDR-Bürger noch sagen, das kennt man so von 1988/1989, da hat man das genauso gesagt:

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das sind auch abgehangene.)

Wissen Sie, wo das Geld herkommt, das spielt überhaupt keine Rolle. Aus den Betrieben ist noch viel mehr rauszuholen. Daran erinnert mich das. Wir werden die Frage aber auch zukünftig beantworten, wo das Geld herkommen muss, wenn wir neue Förderprogramme auflegen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die GRÜNEN hatten noch mit großem Getöse, der Kollege Saalfeld ist es ...

Ich wünsche übrigens dem Kollegen Suhr, der krank ist – ich habe mit ihm heute zufällig telefoniert, deswegen weiß ich das – alles Gute und dass er schnell genesen wird. Allerdings, wenn er Ihre Haushaltsrede gehört hätte, wäre er trotzdem lieber selber gekommen. Aber sei es drum.

Der Kollege Saalfeld hat schon in der letzten Haushaltsdiskussion hier einen Riesenpopanz aufgeführt, wir sind nicht genug informiert worden, die Regierungsfaktionen hatten einen unglaublichen Wissensvorsprung und darauf wird man das nächste Mal aber achten, dass das nicht wieder vorkommt. Sie haben genauso wie das letzte Mal die gleichen Möglichkeiten gehabt wie die Regierungsfaktionen.

(Zurufe von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe weder von Ihrer Klausurtagung, die Sie nicht abgehalten haben, irgendwas gehört, was Sie für eine Meinung zu dem eingebrachten Landeshaushalt haben, und ich glaube, Sie haben auch als Opposition die Verpflichtung, sich gestaltend und mit eigenen Vorschlägen in die Diskussion zum Haushaltsplan hier einzubringen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Seien Sie gespannt!)

Immerhin – und da waren Sie wahrscheinlich verkehrt informiert, Herr Kollege Saalfeld –, immerhin ein Mitglied Ihrer Fraktion begrüßt den Landeshaushalt ganz ausdrücklich.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Den ganzen Haushalt?)

Die Kollegin Berger hat sich per Pressemitteilung in der Sommerpause gefreut, dass es wenigstens mehr für Kulturförderung geben wird. Wenigstens das hätten Sie erwähnen können,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist ja auch in den letzten vier
Jahren eingespart worden.)

wussten Sie aber nicht. Aber gehen Sie davon aus, Ihre Presseerklärungen lesen wir sehr genau.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kollegin Berger bestätigt das hier vorne, dass Sie das so gesagt hat.

(Zurufe von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern habe ich meiner Aussage nichts hinzuzufügen.

Ansonsten orientierte sich die Pressearbeit der GRÜNEN in den letzten Wochen an vielen unterschiedlichen Themen: wenig über Haushalt, Überstunden an FH Güstrow, Schallschutzkonzept für die Ostsee und die Forderung – ich glaube, von der Kollegin Gajek – nach einer Poliklinik 2.0. Das waren nach außen wahrgenommen Ihre Aussagen zum vorliegenden Landeshaushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und wenn Sie sich hier heute hinstellen, einen Gesamtabwasch über alle Themen quer durch die Landespolitik machen und so tun, als wenn das Ihre Konzepte sind, die Sie lang und breit in der Fraktion beraten haben, dann geben Sie sich doch wirklich der Lächerlichkeit preis.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und ich dachte, wir haben
heute die Erste Lesung zum Haushalt.
Die Haushaltsberatung geht jetzt erst los.)

Das waren die drei inhaltlichen Meldungen der letzten Monate von Ihnen zum Haushalt des Landes, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Geäußert hat sich auch der Kollege Saalfeld – vermutlich auf Nachfrage – noch dahin gehend, dass er es für verfassungsrechtlich bedenklich hält, wenn das Finanzministerium die Pensionsfonds für Beamtinnen und Beamte mit Steuergeldern stützt. Mal abgesehen davon, dass es eine große Errungenschaft dieses Landes ist, dass wir diesen Fonds überhaupt haben – darauf will ich aber jetzt gar nicht im Einzelnen hinweisen –,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wird der aufmerksame Leser durchaus erkennen können, dass diese Floskel als „verfassungsrechtlich bedenklich“ bei den GRÜNEN nichts anderes bedeutet, als dass dieses Thema bei den GRÜNEN unter politisch ad absurdum geführt wird, Ihnen auch politisch alle Argumente fehlen und sie wahrscheinlich demnächst im Sande verläuft. Denn wenn Sie sagen, Sie haben verfassungsrechtliche Bedenken, höre ich davon nie wieder irgendetwas, und das wird auch bei diesem Thema so sein, Herr Kollege Saalfeld.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidend ist, dass die GRÜNEN sich offenbar in den letzten Tagen mit allem Möglichen beschäftigt haben, aber nicht mit dem Landeshaushalt.

Ich habe noch zwei ganz nette Äußerungen vom Kollegen Suhr. Ich habe natürlich damit gerechnet, dass er heute da ist. Ich nenne sie trotzdem, weil ich sie einfach so witzig finde. Der Kollege Suhr hat mehrere Interviews gegeben über die Sommerzeit,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

und was ich besonders Spaßig fand, ist, dass er sich dafür ausgesprochen hat, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Endlager bekommen soll.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja.)

Ein Klassethema für die GRÜNEN, kann ich nur sagen. Erzählen Sie das im Wahlkampf bitte überall herum!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Heinz Müller, SPD, und
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sind Sie wirklich ganz vorne dran. Ich weiß nicht, ob Ihnen das ihr baden-württembergischer Ministerpräsident eingeflütet hat, aber ein super Gewinnerthema. Das sind die Big Points in diesem Land, die Sie dort spielen müssen.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite wichtige Punkt im Sommerinterview von Herrn Suhr war: Ich will auf jeden Fall in die nächste Regierung.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Ich sage Ihnen, mit den Konzepten, die Sie hier haben, können Sie alles Mögliche tun,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich weiß nicht, was Sie für ein
Interview gelesen haben.)

aber in der nächsten Regierung landen Sie auf gar keinen Fall. Sie laufen damit eher Gefahr, nicht mal im nächsten Landtag zu sitzen. So siehts aus!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Kokert, auch Ihnen muss ich den Hinweis geben, bitte zur Sache zu sprechen.

(Dietmar Eifler, CDU: Das ist doch zur Sache.)

Vincent Kokert, CDU: Dann ich komme zu den Ausführungen vom Kollegen Saalfeld zu den Hochschulen. Ich glaube, dass Herr Saalfeld ein gewisses Interesse an der Finanzierung der Hochschulen hat. Das würde ich ihm gar nicht absprechen,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

damit hat er sich in der Vergangenheit sehr intensiv beschäftigt. Allerdings staune ich manchmal, wie er zu diesen Aussagen kommt. Wenn es jetzt nun so wäre, dass wir behaupten würden, wir sind die Größten und wir machen viel für die Hochschulen, dann würde ich sagen, okay, das ist Regierungsprosa, was man manchmal sicherlich auch hier vorne am Rednerpult tut. Aber wir werden von Dritten, von Unabhängigen, die nicht unbedingt unsere Freunde sind, ausdrücklich gelobt. Und wenn Sie einschlägige Zeitungen lesen, und da meine ich die Zeitung, die ich jetzt nicht hochzeigen darf, weil ich glaube, dann kriege ich einen Ordnungsruf, deswegen mache ich das nicht, aber sie heißt „Forschung &

Lehre“, da konnte ich erstaunlicherweise Folgendes lesen:

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie oder der Bundesminister?)

Wenn es nämlich darum geht, sich die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Hochschulen – und da ging es um die Grundmittel – der letzten zehn Jahre anzusehen, sind wir spitze in Deutschland. Herr Kollege Saalfeld, wissen Sie das eigentlich?

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das finden Sie auch noch gut?!)

Wir haben nämlich einen Zuwachs von 80 Prozent über fast zehn Jahre. Dabei sind wir noch weit vor Baden-Württemberg und Bayern. Punkt 1.

Punkt 2: Wenn es darum geht, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für die Hochschulen am Bruttoinlandsprodukt zu rechnen, sind wir auf Platz zwei.

Also, Herr Kollege Saalfeld, überprüfen Sie doch mal Ihre eigenen Aussagen, wir hätten im Prinzip das Geld vorher den Hochschulen schon weggenommen und dann über Drittmittel wieder zugeführt, und außerdem ist das sowieso alles Geld des Bundes!

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also dann müssten die anderen Länder, insbesondere Baden-Württemberg, noch viel schlechter sein als wir. Ich glaube, Sie haben sich da mit Ihrer Argumentation ziemlich verrannt, denn Außenstehende sehen die Bildungspolitik, die wir in Mecklenburg-Vorpommern betreiben, völlig anders als die GRÜNE-Landtagsfraktion.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr viel positiver. –
Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, ich will das bei den GRÜNEN dabei bewenden lassen und sagen, Sie lamentieren zwar viel rum, aber wenn es darum geht, hier vermeintliche Vorschläge zu machen, ist das bisher sehr dünn, was Sie da auf die Beine gestellt haben.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir sind auch in der Ersten Lesung.)

Also wissen Sie, wenn Sie sich jetzt damit rausreden, dass Sie sich hier vorne nur ans Pult stellen, sich drei Punkte raussuchen, die dann noch falsch sind, und die kritisieren müssen, wenn Sie das unter Oppositionsarbeit verstehen,

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

was Ihre verfassungsrechtliche Aufgabe ist, Frau Kollegin, habe ich davon jedenfalls eine andere Auffassung.

(Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD:
Das ist verfassungsrechtlich bedenklich. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Es könnte auch verfassungsrechtlich bedenklich sein. Da gebe ich Ihnen recht, Frau Kollegin Drese.

Und wenn wir bei der Oppositionsarbeit sind, dann will ich auch den LINKEN natürlich nicht ersparen, mir das bisschen, was als Konzept von Ihnen vorher durchgedrungen ist, mal anzuschauen. Da gibt es mindestens eine Pressemitteilung zum Landeshaushalt

(Heinz Müller, SPD: Junge, Junge! –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

von der Kollegin Rösler und dem Kollegen Holter. Dort hat man geäußert, und das haben Sie hier heute noch mal wiederholt – toll, also ich merke, Sie geben sich Mühe,

(Wolf- Dieter Ringguth, CDU: Die 100 Millionen.)

und wahrscheinlich werden Sie auch gut beraten: Bringen Sie mal kurze prägnante Botschaften, dann schaffen Sie es vielleicht in die Überschrift der SVZ, der „Ostsee-Zeitung“ oder des „Nordkuriers“,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Jetzt sind Sie aber respektlos.)

das haben Sie heute wieder gemacht –: „in Zahlen gegossene Stagnation“, Schlagwort. Das werden Sie jetzt noch ein paar Monate fahren, da bin ich mir ziemlich sicher.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Nicht neidisch werden!)

Nein, das fahren Sie wegen mir auch noch länger. Aber mir fällt doch auf – und Sie grinsen alle –, also ich nehme an, Sie haben da irgendeinen Flüsterer in Ihrer Fraktion gehabt, der Ihnen das erzählt hat.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das haben wir gar nicht nötig.)

Ich will das gar nicht bewerten. Tun Sie das ruhig, weil ich Ihnen, Herr Kollege Holter, sogar sage: Sie haben absolut recht, Sie haben absolut recht.

(Michael Andrejewski, NPD: Kunstpause.)

Stagnation – ich frage Sie natürlich nur, wo. Ich glaube, der Landeshaushalt stagniert an dem einen oder anderen Ende, und zwar insbesondere bei den Schulden, da stagnieren wir tatsächlich seit den letzten neun Jahren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Da ist Stagnation, und auf diese Stagnation sind wir als Koalition sogar stolz, weil sie viel, viel Kraft kostet, sowohl von der Regierung als auch von den Abgeordneten, die diese Koalition tragen müssen. Und ich habe Ihnen schon mal gesagt, es ist wesentlich leichter, sich vor Ort hinzustellen, insbesondere in Vorpommern – Sie haben ja die neue Liebe, dazu sage ich nachher auch noch was, Sie haben ja die neue Liebe in Vorpommern entdeckt –, und den Leuten Sand in die Augen zu streuen und zu sagen,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das gilt aber auch für einige CDU-Abgeordnete.)

was ist, wenn erst mal DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern regiert, dass dann Milch und Honig in die strukturschwachen Regionen fließen werden.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das sagen wir ja gar nicht. Das stimmt nicht.)

Ich sage Ihnen, die Kolleginnen und Kollegen, die sich vor Ort hinstellen und die das Land zukunftsfest machen wollen – eigentlich wissen Sie das auch, Sie waren lange genug selbst in der Regierung, eigentlich wissen Sie das auch –, die sind aus meiner Sicht viel, viel mutiger als diejenigen, die sich hinstellen und den Leuten vor Ort Sand in die Augen streuen. Denn auch wenn Sie morgen eine andere Regierung in Mecklenburg-Vorpommern hätten, müsste auch sie die Antworten der Zukunft geben, und zwar losgelöst von allen parteipolitischen Ränkespielchen. Und ich habe Sie als LINKE immer so verstanden, dass Sie in der Zukunft keine Schulden mehr machen wollen.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dann hätten Sie sich damals auch einen Ruck geben können, hätten der Schuldenbremse der Landesverfassung zugestimmt und dann wäre das einer gewissen Ehrlichkeit geschuldet, was Sie hier heute vorgetragen haben. Wenn Sie immer nur lamentieren und erzählen, was wir alles zu tun und zu lassen haben, wirkt das doch sehr, sehr unglaubwürdig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Damit wir nicht alle gemeinsam das Gefühl haben, dass uns das jetzt einfach so in den Schoß gefallen ist, weil wir grandiose wirtschaftliche Zeiten haben,

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

in die Verantwortung dieser Landesregierung fällt auch eine der schwierigsten Weltwirtschaftskrisen, die man jeweils in den letzten Jahrzehnten in Mitteleuropa und auf der ganzen Welt hatte. Deshalb glaube ich, dass Sie manchmal wirklich die Leistungen dieser Koalition verkennen. Das ist Ihr gutes Recht als Opposition, dass Sie da eine andere Auffassung haben. Ich will Ihnen nur noch mal den Spiegel vorhalten, mit welchen Leistungen Sie uns dieses Land übergeben haben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das war klar.)

Sie sagen ja immer wieder, also der Kollege Ritter, der jetzt gerade nicht da ist, sagt das immer sehr laut: Das haben wir alles unter Rot-Rot schon angefangen. Ich habe das eine Zeit lang geglaubt, bis ich dann irgendwann selber nachgeguckt habe. Wie sah das denn nun aus? Tja, 2,2 Milliarden Euro neue Schulden der letzten Koalition unter Rot-Rot – 2,2 Milliarden Euro!

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Da man damit schöne Zahlenspiele machen kann, habe ich das einfach mal hochgerechnet. Das heißt, seitdem wir in der Großen Koalition hier zusammen regieren, haben wir im Durchschnitt in jedem Jahr 100 Millionen alte Schulden, also auch Ihre Schulden, getilgt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ihre aber auch, Herr Kokert.)

Sie haben 750 Millionen Euro neue Schulden jedes Regierungsjahr aufgetürmt.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Das ist aber sehr vergesslich.)

Das ist der entscheidende Unterschied und das werden wir den Menschen in diesem Land auch erzählen, Herr Kollege Holter.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Helmut Holter, DIE LINKE: Und was sagt die Finanzministerin?)

Ja, Sie sagen zu Recht, das waren auch Ihre Schulden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ihre auch!)

Ja.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ihre aber auch.)

Ich habe doch gesagt, Sie sagen zu Recht, das waren auch Ihre Schulden. Und ich habe Ihnen schon mal gesagt, meine Fraktion und ich stehen nach wie vor dazu, dass die Verantwortung der ersten und der zweiten Landesregierung sehr wohl in dieser massiven Aufbauleistung, die wir heute alle bewundern können, gelegen hat, und das wäre ohne Neuverschuldung überhaupt nicht möglich gewesen. Man hätte nur nach acht bis zehn Jahren umkehren müssen und hätte sagen müssen, jetzt beantworten wir mal die Frage, wie wir mit der nachkommenden Generation umgehen. Und dazu hat diese Landesregierung die Kraft gehabt und Sie vorher nicht. Das ist der entscheidende Unterschied, Herr Kollege Holter.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE – Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Nein, nein, nein, nein. Also Moment!

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja, ja.)

Sie teilen hier kräftig aus

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und quietschen dann hinterher rum, wenn wir uns quasi wehren und die tatsächlichen Wahrheiten hier benennen. Dann ist Barbara Borchardt dahinten ganz klein und so groß mit Hut.

(Heiterkeit bei Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nee, nee, nee, nee.)

Deswegen: Stellen Sie sich hier vorne der Diskussion! Antworten Sie auf das, was ich Ihnen vorwerfe,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

aber tun Sie hier nicht so, dass Sie sich mit irgendwelchen abgedroschenen Botschaften, die im Prinzip keinen Inhalt haben, hier vorne hinstellen und sich durch die Landtagsdebatte loben! So leicht, Frau Kollegin Borchardt, geht das nicht.

Dann liest man in Programmen – die lese ich immer wieder gern, die Programme der LINKEN – auch die Forderung nach einem Regionalfonds für Vorpommern. DIE LINKE fordert Regionalfonds für Vorpommern. Ich

könnte fast sagen: Na, haben Sie das nicht vielleicht ein bisschen von unserem Wahlprogramm abgeschrieben?!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das wird ja immer besser.)

Ich beobachte das seit Monaten. Das machen Sie auch sehr geschickt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das machen die bei uns auch.)

vervielfältigen auszugsweise irgendwelche Landtagsreden,

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

verdrehen die und spielen das regionalen Journalisten zu,

(Heiterkeit bei Helmut Holter, DIE LINKE)

die dann Berichterstattungen machen, die Ihnen vermeintlich in diesem Augenblick vielleicht nutzen. Aber ich sage Ihnen, ich glaube, das wird auf Dauer dazu führen, dass man Ihnen auch die Frage stellen muss: Was haben Sie denn eigentlich in den vergangenen 25 Jahren für die Gleichberechtigung dieser beiden Landesteile gemacht?

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Stellt sich die Frage Herr Liskow jeden Tag?)

Ach, Mensch! Also wissen Sie, kommen Sie doch nachher ans Mikrofon und begründen Ihr Programm, was keins gewesen ist! Ich glaube, damit haben Sie wesentlich mehr zu tun, als wenn Sie hier ständig unsachlich dazwischenrufen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Ich glaube, wenn Sie sich in den letzten 25 Jahren auch als LINKE dafür eingesetzt hätten, dass sich diese beiden Landesteile gleichberechtigt gegenüberstehen, dann wären wir vielleicht sogar ein Stück weiter – auch in der gefühlten Lebenslage in Vorpommern.

Ich halte es nicht für klug, den Menschen vor Ort ständig zu sagen, das machen die in Schwerin und die sind alle ganz abgehoben. Ich glaube auch, dass Ihnen das langfristig schaden wird, denn ich kann mit ruhigem Gewissen sagen, meine Fraktion hat dieser Landesverfassung damals zugestimmt, dem Artikel 16, und da steht die Gleichberechtigung beider Landesteile drin. Da haben Sie sich damals einen schlanken Fuß gemacht und jetzt fordern Sie das aber umgekehrt ein. Also ich finde, diese Politik, die Sie da in Vorpommern betreiben, sollten Sie mal hinterfragen. Wir haben uns hier lange Zeit als CDU als einsame Rufer beim Thema Vorpommern gefühlt.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Das glauben Sie doch wohl selbst nicht?! – Zuruf von
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schön wäre, wenn Sie jetzt mit dabei sind, aber allein mir fehlt der Glaube. Ich glaube, das ist viel Wahltaktik, die dahintersteckt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Wenn es denn so einfach wäre, dass die Politik einfach anweist, die Unternehmen siedeln sich zukünftig in Vorpommern an, dann wäre die Welt ja leicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das haben wir mal gehabt.)

Dann wäre die Welt ja leicht. Allerdings glaube ich, dass weder die Wirtschaft noch andere Wirtschaftskreisläufe so einfach funktionieren: Die Politik weist an und die Unternehmen folgen. Und wenn Sie sich das mal auf der Zunge zergehen lassen: Der Kollege Glawe hat mir vorhin gesagt, dass wir für Forschung und Entwicklung 168 Millionen Euro in dem Doppelhaushalt aufwenden werden. Das sind noch mal zehn Prozent mehr als im vergangenen Haushalt. Ich sage Ihnen ganz deutlich, dass in der Forschung und Entwicklung – auch für die Region Vorpommern – tatsächlich die Chancen stecken. Ich rate Ihnen vielmehr, nicht ständig an der Werft in Wolgast rumzumäkeln und nicht ständig bei der Spitzenforschung in Greifswald Ihren Finger in die Wunde zu legen und den Leuten irgendwelchen Quatsch zu erzählen.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Lassen Sie sich doch mal was Neues einfallen!)

Unterstützen Sie doch einfach die Initiativen, die wir vor Ort schon gemacht haben! Und wenn Sie eigene haben, nehmen wir die dankbar auf. Aber tun Sie nicht so, als wenn Sie auf schwierige Fragen einfache Antworten haben! Ich halte das ein Stück weit für unseriös.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Sie nehmen immer die gleiche Rede.)

Wissen Sie, Frau Kollegin Rösler, werfen Sie mir doch nicht vor, ich nehme immer die gleiche Rede! Ich habe mir zur Angewohnheit gemacht, keine Reden einfach nur abzulesen. Ich werde Sie bei Ihrer Rede nachher daran erinnern, wenn Sie mir diesen Vorwurf machen, denn es heißt im Übrigen in unserer Geschäftsordnung eigentlich, der Abgeordnete spricht grundsätzlich in freier Rede.

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Und wenn Sie möchten, dann können wir das zukünftig gerne immer wieder durch Zwischenrufe kommentieren. Ich finde das nicht fair, dass Sie hier solche unsachlichen Zwischenrufe machen.

(Zuruf aus dem Plenum: Jawohl.)

Ich habe mir die Wirtschaftspolitik der LINKEN mal durchgelesen und die Wirtschaftspolitik der LINKEN wird jetzt auch in einfacher Sprache, quasi für Dummies wie mich, auf der Internetseite der LINKEN erklärt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ja, es heißt so. Ich habe es nicht aufgeschrieben, das waren Sie.

Also DIE LINKE erklärt ihre Wirtschaftspolitik in leichter Sprache. Da heißt es: Wir wollen eine neue demokratische Wirtschaft. Darunter kann ich mir erst mal wenig vorstellen, was eine demokratische Wirtschaft ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ich kann mir das vorstellen.)

Aber sei es, wie es sei, demokratische Wirtschaft – das heißt, jeder soll mehr mitbestimmen in der Wirtschaft,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

jeder soll mehr mitbestimmen in der Wirtschaft, zum Beispiel sollen Fabriken und Betriebe mehr dem Staat und den Gemeinden gehören und nicht mehr so vielen reichen Privatleuten. Super, Herr Holter!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wow!)

Wenn das Ihr Konzept für Vorpommern ist, dann kann ich nur sagen, ich hoffe, dass den Vorpommern dieses Konzept erspart bleibt,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

weil das der Riesenrückschritt in die alten Zeiten ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Worüber wir durchaus diskutieren können – und das ist auch meine Schlussfolgerung aus der Volksabstimmung am letzten Sonntag, ich nehme die Zahlen, Daten und Fakten sehr ernst, also ich bin noch weit davon entfernt, einfach zu sagen, es war ein Riesenerfolg für uns –, ist, dass wir uns zukünftig sehr genau überlegen müssen, bei welchen Reformvorhaben wir ab welchem Zeitpunkt die Menschen mitnehmen. Ich glaube, es ist ein Ausfluss, dass wir mit den Leuten nicht ausreichend gesprochen haben. Das will ich jedenfalls für mich sagen. Andere mögen da andere Beispiele nennen können. Wahrscheinlich haben wir es den Leuten nicht ausreichend erklärt. Und es wird nach dieser Abstimmung über die Gerichtsreform jedenfalls nicht leichter, neue Reformen in diesem Land durchzusetzen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

Ich glaube, die Schlussfolgerung kann man aus diesem Wahlsonntag auch ziehen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Es ist sehr
aner kennenswert, was Sie sagen, Herr Kokert.)

Ja, selbstverständlich.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das meine
ich ehrlich, das meine ich ehrlich. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das sieht aber die Ministerin anders.)

Ach, wissen Sie, Frau Kollegin Borchardt,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

jetzt fangen Sie schon wieder mit diesen Kamellen an.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Sie hauen hier doch Kamellen raus.)

Ich habe Ihnen schon mehrfach vorgeschlagen, kommen Sie nach vorne und stellen Ihre Konzepte vor, aber blä-

ken Sie nicht immer einfach so dazwischen, wenn es hier völlig am Thema vorbeigeht!

Worüber man vielleicht nachdenken muss – und das hört man ja in den ländlichen Regionen sehr, sehr häufig, auch nach der Gerichtsreform, obwohl ich immer sage, es war eine Gesamtabstimmung über alle Reformen, das haben die Reformgegner ja auch versucht, Kreisgebietsreform, Polizeistrukturreform, das ist immer in einem Zusammenhang genannt worden –,

(Michael Andrejewski, NPD:
80 Prozent waren dagegen.)

ich glaube, zukünftig kann man darüber nachdenken, ob man das landespolitisch umsetzen kann. Das wage ich zu bezweifeln. Man kann zumindest darüber nachdenken, dass man bei behördlichen Entscheidungen, wenn es um Standorte geht – vielleicht ähnlich, wie das die Bayern versuchen –, sagt, hier setze ich eine Prämisse für den ländlichen Raum. Das ist aber auch das Einzige, was ich mir vorstellen kann, Herr Kollege Holter, wo der Staat tatsächlich etwas steuern kann.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und CDU und Helmut Holter, DIE LINKE)

Alle anderen Geschichten, 100 Millionen in die Hand zu nehmen und per Gießkanne über irgendwelche ländlichen Regionen zu verteilen, werden nur ein sehr kurzfristiger Erfolg sein und niemals ein langfristiger, glaube ich.

Und – darauf hat der Ministerpräsident zu Recht hingewiesen – wir brauchen über die Solidarpaktmittel nicht weiter zu jammern. Ich nehme die Ergebnisse auf der Bundesebene auch so wahr, dass es im Prinzip erledigt ist und wir uns um die Zeit danach Gedanken machen müssen. Ich folge Ihnen ausdrücklich nicht, Herr Kollege Saalfeld, wenn Sie der Finanzministerin hier sogar „verschwenderisches Treiben“ vorwerfen. Wissen Sie, ich stelle mir unter einer verschwenderischen Finanzministerin etwas anderes vor als Heike Polzin.

(Heinz Müller, SPD: Wohl wahr. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das passt
nicht zusammen, definitiv nicht.)

Also ich stelle es mir auch rein persönlich völlig anders vor. Ich weiß ja nicht, ob Sie schon mal in den Genuss gekommen sind, mit Heike Polzin über Haushaltsmittel zu verhandeln. Ich hatte in der Vergangenheit häufiger die Gelegenheit, und wenn diese Frau verschwenderisch auftritt, dann weiß ich nicht, auf welchem Stern Sie leben.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall und dafür ist sie mittlerweile auch deutschlandweit bekannt. Deswegen kann man nur sagen: Frau Polzin, in der Zeit, in der Sie Finanzministerin sind – das gilt auch für Ihre Vorgängerin –, haben Sie hier sehr solide Arbeit gemacht und darauf kann man als Koalition insgesamt stolz sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen – das Thema ist auch schon mehrfach angesprochen worden und ich kann mich da hinter vielen Thesen auch sofort versam-

meln –, Fakt ist und Fakt bleibt, dass wir bei dem Thema Flüchtlingspolitik, losgelöst von den humanitären Katastrophen, die wir jeden Tag in den Zeitungen und in den Medien lesen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

natürlich auch über die Risiken für unseren Landeshaushalt nachdenken müssen. Aber sagen Sie mir doch, wenn Sie so gute Konzepte und Vorschläge haben, wie wir das denn überhaupt schätzen sollen! Die Zahlen, die wir von der Bundesregierung und vom Bund jeden Tag kriegen, ändern sich quasi jeden Tag, sie werden immer weiter nach oben korrigiert.

(Udo Pastörs, NPD: Natürlich.)

Deshalb war die einzige richtige Entscheidung zu diesem Thema, dass wir vor vielen Jahren beschlossen haben, wir werden eine auskömmliche Rücklage genau für solche Sonderfälle anlegen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau so.)

Und im Übrigen immer darüber zu lamentieren,

(Udo Pastörs, NPD: Für solche Sonderfälle!)

ob das jetzt richtig oder falsch ist, Herr Kollege Pastörs –

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wissen Sie, schauen Sie einfach ins Grundgesetz, da ist es klar geregelt: Asyl ist Grundrecht. Punkt, Ende!

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Insofern muss natürlich auch das Land Mecklenburg-Vorpommern

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das gilt sogar für Sie.)

das grundrechtskonform umsetzen, was die Bundesrepublik Deutschland von uns erwarten kann.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, glaube ich, dass der Bund auf der Ebene der Koalition – bei dem, was am letzten Sonntag beschlossen wurde – beiden großen Volksparteien viel Respekt abverlangt, weil die Entscheidungen, die da gefällt wurden, nicht besonders leicht waren, ich glaube, insbesondere auch für die Kolleginnen und Kollegen der SPD. Aber man hat sich jetzt auf einen Konsens verständigt und wir tun alle gut daran, wenn wir uns dahinter versammeln und zukünftig natürlich die Haushaltsmittel, die wir dafür zur Verfügung stellen müssen, auch zur Verfügung stellen.

Ich will noch mal darauf hinweisen, dass wir trotz der sinkenden Haushaltseinnahmen, die wir insgesamt haben, nach wie vor die Kommunen nicht im Regen stehen lassen, sondern wir eines der ganz wenigen Bundesländer sind, die eins zu eins das bezahlen, was bei den Kommunen vor Ort anfällt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Es gibt insgesamt drei.)

Das werden wir auch zukünftig so tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, zum Schluss darf ich auch noch einen Wunsch äußern, auch wenn Sie mir den vielleicht nicht erfüllen wollen,

(Michael Andrejewski, NPD:
Es ist ja bald Weihnachten.)

aber einen Wunsch möchte ich trotzdem äußern. Ich freue mich sehr über die Debatte zum vorliegenden Doppelhaushalt, weil ich glaube, er ist ein guter Doppelhaushalt. Es lohnt sich, darüber auch intensiv zu diskutieren,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach, kommen Sie jetzt doch mal zum Haushalt,
Herr Kokert?! Ich dachte, Sie hätten den
Tagesordnungspunkt verwechselt.)

es lohnt sich durchaus, darüber nachzudenken, eigene Konzepte vorzuschlagen. Es lohnt sich auch, darüber nachzudenken, ob man für die Zukunft ein Umsteuern der Finanzpolitik in diesem Land möchte oder nicht. Ich glaube, wenn wir es auf das beziehen, worauf es wirklich ankommt, steht diese Koalition auch über diese Legislaturperiode hinaus für eine solide Haushaltspolitik, und daran wird sich jedenfalls bis zur Landtagswahl 2016 mit meiner Fraktion auch nichts ändern. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Wir haben hier heute zur Haushaltsdebatte zwei, wie ich meine, bemerkenswerte Reden gehört,

(Michael Andrejewski, NPD:
Aber nicht im positiven Sinne.)

einmal von der Frau Finanzministerin und einmal von Herrn Selling. Beide Reden könnte man als Propagandareden bezeichnen. Die eine Rede wäre ich geneigt, sogar als relativ primitive Propagandarede zu klassifizieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sind
Sie Rezensent, oder was sind Sie?!)

Und zwar beginne ich mit dem Versuch einer Beantwortung von Fragen und Behauptungen der Finanzministerin Frau Polzin.

Frau Polzin, Lügen durch Verschweigen – sie ist gar nicht da,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das kann ich gut
verstehen, wenn Sie am Rednerpult stehen.)

dann richte ich das an den Herrn Selling, der sich auch gerade verdünnt hat –, Lügen durch Verschweigen

ist ein gängiges Konzept in einer Haushaltsdebatte, die ich hier schon fast seit zehn Jahren gewohnt bin.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Viel zu lange.)

Ich will Ihnen das an konkreten Beispielen der heutigen Debatte einmal etwas näherbringen.

Wir haben also gehört, dass wir seit zehn Jahren keine Neuverschuldung in diesem Land haben. Verschwiegen hat man geflissentlich, dass wir auf hohem Niveau – mit über 9,5 Milliarden – verschuldet sind,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es geht ja auch um Neuverschuldung.)

keine Tilgungen leisten und das in Zukunft auch nicht tun,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Natürlich, gucken Sie mal in den Haushalt rein!)

so, wie dieser Haushaltsentwurf das deutlich sagt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nicht mal den Haushalt lesen kann der Weltökonom aus Lübtheen. – Egbert Liskow, CDU: Noch nicht mal reingeguckt in den Haushalt.)

Das heißt also, wir werden weiterhin im Schnitt weit über 300 Millionen Euro pro Jahr Zinsen zahlen und dafür die zukünftigen Generationen zur Kasse bitten.

Der zweite Punkt ist, dass wir hier über eine Schuldenbremse reden, ohne dass mit einem Wort konkretisiert wurde, was das denn bedeutet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Land hat ein strukturelles Haushaltsproblem von ungefähr einer halben Milliarde Euro bis zum Jahre 2020, bis dann ja Gott sei Dank und hoffentlich die Schuldenbremse auch greift und eingehalten wird, was ich noch gar nicht so als absolut zuverlässig einstufe.

Wir haben im Jahre 2016 – prognostiziert – ein Plus von 240 bis 250 Millionen Euro. Das hört sich gut an, wenn man ausblendet, dass in den nächsten Jahren auf Deutschland Leistungen zukommen, die wir erbringen müssen, die noch gar nicht zu beziffern sind. Wir rechnen mit circa 10 Milliarden – pro anno! – Mehrbelastung in Deutschland für die unbegrenzte Einwanderung von Fremden aus der ganzen Welt. Von Herrn Kokert haben wir gerade gehört, dass wir in Mecklenburg und Vorpommern Rückstellungen – oder Rücklagen, besser gesagt – gebildet haben genau für diese Fälle, also für den Fall, dass massenhaft Menschen aus der ganzen Welt durch mafiose Strukturen nach Deutschland geschleust werden,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

wir es hier mit einer internationalen Mafia zu tun haben, die auf deutsche politische Naivlinge stößt, und deswegen ungebremst in den nächsten Jahren nach Deutschland kommen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wenn der Herr Ministerpräsident Selling sich hier hinstellt und sagt, jawohl, Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen, sind in Deutschland willkommen, dann soll er auch sagen, wie er denn unterscheiden will zwischen denen, die objektiv wirklich um ihr Leben fürchten müssen, und denen, die mafios konstruiert, strukturiert nach Deutschland gezielt hineingeschleust werden.

Diese Unterscheidung zu machen und dann zu hoffen, dass das gleichmäßig bei allen 28 EU-Staaten verteilt wird, ist ebenfalls naiv. Die anderen EU-Staatschefs sind nicht so naiv und dumm wie eine ehemalige FDJ-Sekretärin und Bundeskanzlerin Merkel, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da brauche ich nicht nur nach Ungarn zu weisen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ungarn ist Vorbild für Sie, ne?)

Und das ist gut so.

Die Polen sagen ganz offen, nicht mit uns. Und auch die Österreicher wollen nicht in dieser Form wie Deutschland ihre Steuerzahler, ihr Sozialgefüge und ihre kulturelle Existenz so aufs Spiel setzen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wie das in verräterischer Art und Weise hier in Deutschland durch die politische Kaste, nämlich durch Sie, bewerkstelligt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wen verraten wir denn?)

Das sind Fakten, die den Bürgern draußen immer wieder aufgetischt werden müssen, weil Sie nicht bereit sind, auch im Haushalt diese Tatsache konkret zu benennen.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, das bleibt gepflegt offen.)

Wir haben wunderbar gehört, dass wir fast 25 Prozent für Personal ausgeben und deswegen einen Versorgungsfonds gegründet haben. Diese Maßnahme war richtig, wir haben das mitgetragen, wir haben das begrüßt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Toll!)

aber wir kreiden das insofern an, als dass jetzt schon, wie wir von der Finanzministerin gehört haben, hier Begehrlichkeiten wachsen, indem man sagt, wir können doch das Geld aus diesem Fonds herausnehmen und brauchen dann das Geld nicht bei den Banken zu leihen. Da stelle ich ganz einfach mal der Finanzministerin die Frage: Zu welchen Konditionen? Und wenn Sie, wie hier heute vorgetragen, beklagen, dass wir in einer Niedrigzinsphase sind und deswegen in Zukunft wahrscheinlich eine Rendite in Höhe von sechs Prozent, wie Sie ausführten, nicht zu erwirtschaften sei, dann müssen Sie mir mal sagen, wie Sie zu welchen Konditionen sich selbst das Geld leihen und dann für eine vernünftige Rendite in diesem Fonds sorgen wollen! Das sind Fragen, die wir besprechen müssen, und da werden wir uns nicht verweigern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da bin ich mal gespannt, ob Sie da teilnehmen.)

Wir müssen uns aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die Mittel für den Straßenbau hier aufgestockt werden, mal das Niveau anschauen, um welchen Betrag das geschieht, und dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass dieser Betrag bei Weitem nicht ausreicht, um die von Ihnen zu verantwortende totale Verrottung der Infrastruktur in den letzten 15 Jahren in diesem Land überhaupt auf einen Stand zu bringen, den man als vernünftig und als verantwortbar darstellen kann. Ob Kommunen, ob der Landkreis, ob das Land – überall beklagt man, dass man nur noch Flickarbeiten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln leisten könne,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und Sie verkaufen das hier mit einer Aufstockung der Mittel in diesem Bereich als große Errungenschaft dieser Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ganz anders bildet sich die Realität auch schon in diesem Winter wieder für die Nutzer dieser Straßen ab, und das vergisst man natürlich bei dem Hinweis auf „keine Neuverschuldung“. Immer wieder, gebetsmühlenartig, wird das hier vorgetragen durch den Ministerpräsidenten, der das dann von seinem Sprechkärtchen abliest. Da muss man aber auch einmal sagen, das liegt unter anderem daran, dass Sie vielleicht gar kein Geld mehr aufnehmen können oder man es Ihnen nicht mehr gibt, wenn Sie einmal das Verhältnis herstellen zwischen der Verschuldung, die wir effektiv haben, und der Höhe unseres Haushalts, meine sehr verehrten Damen und Herren. Bei einem Haushalt von rund 7,5 bis 7,6 Milliarden und einer Verschuldung von 9,5 Milliarden werden Sie erkennen, dass das eng wird mit den Konditionen. Das wird teurer, wenn man dann leihen will, weil die Bonität bei so einem Verhältnis schon nicht mehr die beste ist. Aber darüber auch hier kein Wort, dass das eventuell schwierig sein würde, sich da preisgünstig zu refinanzieren.

Ich komme aber auch auf die Sonderhilfen noch einmal zurück für die sogenannten und wirklichen Flüchtlinge und Asylbewerber und auf der anderen Seite Asylbetrüger. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesen 180 Millionen, wie die Finanzministerin ausführte, werden wir zunächst mal das Geld der Steuerzahler in diesem Bereich ausgeben müssen. Das wird natürlich nicht reichen. Da werden noch 200, 300, 400 Millionen dazu kommen müssen, die Sie dann vielleicht, weil das die einzige Möglichkeit ist, entweder den Kommunen als Kredite geben oder im Rahmen des gesetzlich Möglichen, des FAGs, in Form von Zweckzuweisungen an die Kommunen geben.

Und wenn dann die Finanzministerin hier eben ausgeführt hat, dass dadurch aber nirgendwo anders gekürzt werden würde, dann bedeutet das nicht, dass dadurch die deutsche Bevölkerung, die Bevölkerung von Mecklenburg und Vorpommern eventuell keine Nachteile erleiden würde, sondern das bedeutet konkret, dass genau diese 200, 300, 400, vielleicht sogar eine halbe Milliarde pro anno eben, die die Flüchtlinge bekommen, nicht mehr zur Verfügung stehen für eine bessere Ausstattung der Kindertagesstätten, für die Förderung von Kleingewerbe, für die Verbesserung der Infrastruktur et cetera.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, nun fangen Sie doch nicht an, gegen die Flüchtlinge zu hetzen! – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das ist eine Wahrheit. Sie können das Geld, was Sie den Steuerzahlern abnehmen, eben nur ausgeben für die eigene Bevölkerung oder für die Fremden, und Sie entscheiden sich immer mehr in einer Art Wahn, die Umverteilung vorzunehmen von den Leuten, die es in Deutschland erarbeiten, hier in diesem Land, hauptsächlich Deutsche,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

um das Ganze dann umzuverteilen und in eine mafiöse Struktur einzuspeisen, die eine internationale Mafia aufgezoogen hat

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Welche denn, welche denn? –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

mit Armen und Elenden aus der ganzen Welt, um diese dann hier in Deutschland regelrecht zu vermarkten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ein Blödsinn! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und wenn man sich dann die neuesten Meldungen der dpa anschaut, zum Beispiel die Förderbank in Nordrhein-Westfalen, wenn Sie einen Kredit beantragen wollen: Der normale deutsche Häuslebauer geht hin und dem sagt man, du bekommst keinen, um ein Haus zu bauen, dein Einkommen ist nicht hoch genug und die Sicherheiten passen nicht. Wenn man jedoch heute hergeht und sagt – und ich zitiere das hier mal dem Sinne nach –, dass man ein neues Einfamilienhaus bauen wolle für zugereiste Flüchtlinge aus Syrien oder Afrika, dann bekommt man das, Förderbank Nordrhein-Westfalen, ab null Prozent mit der Verpflichtung, diesen Zugereisten, diesen nach Deutschland Geschleusten oder auch mit unlauteren Absichten Eingewanderten für 15 Jahre dort Unterkunft zu gewähren. Und dann kommt die Miete für dieses Objekt natürlich direkt, zu hundert Prozent aus den Mitteln des Landes. Wie wir gehört haben von der Finanzministerin, ist es so, dass auch weiterhin zu hundert Prozent die Kommunen die Kosten für die Unterbringung dieser zum Teil sich hier zu Unrecht aufhaltenden Menschen erstatten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Tino Müller, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können das ja miteinander weiter so machen wie in den letzten zehn Jahren,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen wir auch. –
Thomas Krüger, SPD: Sie schüren Hass und
Neid. Das ist das Einzige, was Sie können!)

aber ich sage Ihnen, es gibt noch eine unabhängige Institution,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

und das ist die Buchhaltung. Das ist ganz einfach das Einmaleins, und die Kommunisten haben das bitter erfahren, dass sie eine Wahnsinnsideologie über die Realität stellten.

Sie, Herr Ministerpräsident, Sie, Frau Finanzministerin, scheinen mir dazu zu neigen, auch einem Flüchtlingswahn anzuhängen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

dem Sie alle und jedes unterordnen wollen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das nennt man Humanität. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und damit nehmen Sie auch billigend in Kauf, dass das unter großen Nachteilen für die deutsche Bevölkerung bewerkstelligt wird. Das wird auf den harten Widerstand der NPD stoßen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das haben wir schon gesehen in Wismar.)

und Gott sei Dank auch zunehmend auf den harten Widerstand der einheimischen Bevölkerung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau, dafür sind Sie verantwortlich, Herr Pastörs! Für brennende Unterkünfte, dafür sind Sie verantwortlich!)

die Ihren Schwindel so nicht mehr lange dulden wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und brandschatzend durch Deutschland ziehen!)

Wer hier brandschatzend durch Deutschland zieht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie, Herr Pastörs, Sie sind dafür verantwortlich!)

das sind andere, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sie sind dafür verantwortlich!)

und wer das ist, das wissen Sie.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie unterstützen diese Kräfte! – Julian Barlen, SPD:
Darüber spricht er gar nicht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte aber noch einmal kurz auf das eine oder andere Argument von Herrn Ministerpräsident SELLERING eingehen, und zwar indem ich darauf hinweise, dass Herr SELLERING ungefähr zweieinhalb Minuten davon gesprochen hat, wie schön das doch in Mecklenburg-Vorpommern geregelt ist, dass wir in den letzten zehn Jahren ab 2006 840 Millionen Euro getilgt hätten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Eben haben Sie noch gesagt, es wurde gar nicht getilgt.)

Er spricht mit keinem Wort über die Risiken, die in diesem Haushalt ganz, ganz deutlich vorhanden sind. Und dann lässt er sich aus – das war zeitlich der größte Block – über die Flüchtlinge. Und zwar fordert er da eine gerechte Verteilung. Dann die Frage, Herr SELLERING, die bleiben Sie uns schuldig:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Antwort.)

Was ist gerecht? Gerecht ist das, was zunächst einmal, was die Finanzen angeht, dafür verwendet wird, was dem deutschen Volke hier in diesem Lande nützt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Oh, Mann, Mann, Mann!)

denn die haben das erarbeitet. Und dann kann man die Frage stellen, inwieweit man aus humanitären Gründen Flüchtlinge aufnehmen kann, nachdem man sehr sorgfältig geprüft hat, wer denn da Begehrlichkeiten vorbringt. Das sind bestimmt nicht die Massen von Asylbetrügern, die zu 96 und 97 Prozent hier in Deutschland um Asyl nachsuchen, gerichtlich festgestellt, und das sind mit Sicherheit auch nicht die zu vermutenden Massen, die jetzt eingeschleust werden, um zukünftig hier in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände herzustellen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte?!)

wie sie in Frankreich schon zum Teil an der Tagesordnung sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein Wort zu ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Einzigen, die hier Häuser anstecken, sind Sie.)

Herr Dr. Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ist so.)

diese dummen Bemerkungen, die Sie immer machen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, die sind nicht dumm, das ist die Wahrheit. Ich hab Ihre Leute doch da rumtanzen sehen, als die Häuser gebrannt haben. Genau so, Herr Pastörs!)

werden dadurch nicht wahr, dass Sie sie ständig wiederholen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nehmen Sie es einfach mal mit!
Nehmen Sie es einfach mal mit!)

Stellen Sie doch dieses unqualifizierte primitive Geblöke ein!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nehmen Sie es mit!)

Es bringt Sie nicht weiter ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

Udo Pastörs, NPD: ... und das Parlament auch nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, das ist alles gut,
Herr Pastörs. Ich muss nur die Wahrheit sagen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Pastörs!

Ich bitte, von Dialogen abzusehen. Und ich bitte auch darum, in der Begriffswahl so zu sein, dass man sich zu einer Sache auseinandersetzt, aber Personen hier nicht

irgendwo bewertet und insbesondere auch nicht abfällig bewertet.

Jetzt können Sie weitermachen, Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren, und dann haben wir natürlich auch gehört vom Fraktionsvorsitzenden der CDU, ich möchte ihn da kurz zitieren: M-V „war noch nie ... so schön wie heute“.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da hat er doch recht.)

Da stelle ich die Frage: Für wen?

(Egbert Liskow, CDU: Für die Bürger.)

Ja, für Politbonzen wie Sie, für Bonzen in diesem Land,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Finden Sie dieses Land nicht schön?)

die zu Billigstpreisen Arbeitnehmer ausbeuten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo denn?)

für Betrüger und Schlepperorganisationen aus der ganzen Welt war dieses Land M-V noch nie so schön wie unter der Regierung einer CDU/SPD in Mecklenburg und Pommern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall Tino Müller, NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Vorpommern! Vorpommern!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, einen Moment!

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, einen Moment!

Ich habe Ihnen das schon öfter gesagt, das heißt Mecklenburg und Vorpommern. Sie haben das richtigerweise auch vorhin zweimal erwähnen können. Ich denke mal, beim dritten Mal klappt das dann auch.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist wohl ein bisschen Konzentrationsschwäche.)

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren, hart und unschön sind die Verhältnisse in diesem Land, und das konterkariert natürlich dann auch diese primitive propagandistische Behauptung von dem Herrn Kokert, dass wir nach Ihren Informationen, Frau Finanzministerin, mittlerweile so rund 20 Prozent des gesamten Haushalts für soziale Bedarfe ausgeben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist das schlimm?)

Das heißt also, wir liegen mit zunehmender Tendenz – und Sie nannten das ja auch – an einmaliger Spitze. Das ist es wirklich, Ihr Ergebnis ist einmalige spitze in der Vernachlässigung der einheimischen Bevölkerung im Verhältnis zu den Fremden.

(Beifall Tino Müller, NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: So?!)

Und das drückt sich dann auch aus in dieser Zahl, die ich eben nannte, 1,5 Milliarden Euro neuester Höchststand für soziale Sicherungsmaßnahmen, besonders im Jugendbereich, wenn Sie mal genauer hinschauen, wir haben das getan.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das glaub ich nicht.)

Und das wird sich in Zukunft noch vergrößern, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da werden wir schnell nicht auf 20 Prozent, sondern auf 25 Prozent des Haushalts sein, wenn die ganzen Leute einreisen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Immer schön hetzen!)

die uns – in Anführungszeichen – dann die Renten verdienen sollen. Sagen Sie mal, glauben Sie wirklich selbst an diesen Blödsinn?! Jeder normal- und mittelgebildete Mensch, der mit offenen Augen durch Hamburg geht

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hab
ich noch nie gehört, Herr Pastörs,
ausdrücklich nie gehört.)

oder im Moment sich in München aufhält, weiß doch ganz genau, dass nach offizieller Diktion mittlerweile 1 Milliarde pro Monat, hochgerechnet, benötigt werden, die Bundesregierung spricht von 10 Millionen, aber die haben uns auch mal gesagt, es kommen nur 100.000. Mittlerweile sind wir bei einer Million. Und wenn dann der Herr Gabriel sagt, dass Deutschland, Zitat von gestern oder heute Morgen, locker alle zwei Jahre, also jedes zweite Jahr eine Millionenstadt importieren könnte und damit würde man fertig,

(Michael Andrejewski, NPD:
Größenwahn!)

so dieser Spezialist, dann muss ich sagen, entweder hat der nicht alle Tassen im Schrank oder er ist ein Agent fremder Mächte.

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ihr habt doch nur die Hosen voll!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Pastörs!

Ich habe Ihnen, glaube ich, jetzt den Hinweis gegeben, dass Sie sich nicht abfällig über Personen äußern sollen. Sie können in der Sache Kritik äußern, aber diese nicht personifizieren, und das haben Sie wiederholt getan. Wenn Sie das jetzt noch einmal machen, und ich denke, die Versuchung ist bei Ihnen groß, dann kriegen Sie auch einen Ordnungsruf.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Der kann nicht anders.)

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt ist eine Fortschreibung eines Totalversagens, dadurch verschärft in der Zukunft, dass das, was wir als NPD-Fraktion hier immer beklagt haben, durch Sie auch noch dynamisiert wird,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Haben Sie überhaupt jemals an
der Haushaltsberatung teilgenommen?)

indem Sie rücksichtslos zum Nachteil der einheimischen Bevölkerung die Schotten aufmachen und das Elend der Welt einladen, sich in Deutschland zu versammeln. Und solange Sie diese Grundhaltung, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht aufgeben und diese ersetzen durch eine Haltung und durch Maßnahmen, die dem Leistungswillen und der Leistungsfähigkeit unseres Volkes angemessen sind, und das sich dann auch in einem Haushalt niederschlägt, werden wir solche Konstrukte und Machwerke hart bekämpfen in den Ausschüssen und in den Debatten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach ja ?! Ihr nehmt doch nie teil an den Ausschüssen!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Gundlack.

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch auf die Gefahr hin, dass ich hier gleich einen Ordnungsruf bekomme, aber, meine Damen und Herren von der NPD, die Rede war zum Kotzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, ich reagiere nur mit den Worten, die mir da übrig bleiben,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Ihren
Möglichkeiten angemessen.)

die Rede war nun mal nur zum Kotzen, tut mir leid.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat uns den Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2016 und 2017 vorgelegt. An dieser Stelle erst einmal ein herzliches Dankeschön an alle, die intensiv daran mitgearbeitet haben, denn dies fehlte heute noch. Der Dank meiner Fraktion gilt an erster Stelle unserer Finanzministerin Heike Polzin – sie wurde schon mehrfach gelobt heute –, der Haushaltsabteilung im Finanzministerium sowie den Leitungsebenen und Beauftragten für den Haushalt der einzelnen Ressorts.

(Michael Andrejewski, NPD: Passen Sie auf,
dass Sie nicht ausrutschen auf Ihrem Schleim!)

Jetzt kommt es darauf an, dass der Landtag mit allen Fachausschüssen und federführend der Finanzausschuss seine Beratungen intensiv und nach Zeitplan durchführt, dass der Landtag in der Dezembersitzung 2015 den Haushalt rechtzeitig verabschieden kann.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dazu wünsche ich Herrn Koplin, lieber Torsten, viel Erfolg schon mal vorab und wir sehen uns dann ja bald.

Ich freue mich immer auf diese heiße Phase in der Haushaltsberatung, denn hier werden mehr als im lau-

fenden Haushalt die einzelnen Haushaltsziele und Schwerpunkte aller Beteiligten in der Öffentlichkeit und für die Öffentlichkeit sichtbar. Botschaften, die mitunter schon langweilig für die Presse und Öffentlichkeit erscheinen, gewinnen an außerordentlicher Bedeutung.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das sind bisher nur Phrasen.)

An erster Stelle steht dabei, dass die Haushaltsplanung wiederum für zwei Jahre ohne Neuverschuldung auskommt.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Das musste
unbedingt noch mal gesagt werden.)

Was hierzulande eine nunmehr zehnfach wiederholte Botschaft ist, ist bundesweit keine Selbstverständlichkeit und hat jahrelange Haushaltsdisziplin vorausgesetzt.

(Michael Andrejewski, NPD:
Warten Sie es erst mal ab!)

Ich bin froh, dass unsere Strategie, die Haushaltspläne ohne Neuverschuldung aufzustellen, trotz einiger Unwägbarkeiten wieder aufgehen wird.

(Michael Andrejewski, NPD:
Auf Kosten der Kommunen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Haushaltsvolumen beträgt für die kommenden Planungsjahre 2016 7,81 und 2017 7,75 Milliarden Euro,

(Udo Pastörs, NPD: Das wissen wir
doch alles. Sagen Sie mal was Neues!)

mehr als im laufenden Haushaltsjahr. Diese Steigerung ist im Wesentlichen auf steigende Personalausgaben und steigende Ausgaben für soziale Leistungen, aber auch auf das hohe Investitionsniveau zurückzuführen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Wo ist denn das zu sehen?)

Die Personalausgaben steigen mit den Tarifabschlüssen regelmäßig an, werden aber durch das laufende Personalkonzept der Landesregierung leicht gedämpft – eine langfristige Maßnahme der sozialdemokratisch geführten Landesregierung bereits aus dem Jahre 2005, ohne die uns die Personalkosten längst aus dem Ruder gelaufen wären. Dies ist auch eine – in Anführungsstrichen – langweilige Botschaft ohne Neuigkeitswert,

(Udo Pastörs, NPD:
Sie sind langweilig.)

aber enorm wichtig für die gesamte Kostenentwicklung der Landesfinanzen. Deshalb muss ich diese Leistung der Landesverwaltung immer wieder deutlich betonen, denn hinter den bloßen Zahlen stecken immer auch organisatorische und strukturelle Optimierungsprozesse, die vom Landespersonal umgesetzt werden müssen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD:
Das war gut.)

Natürlich sind das Veränderungsprozesse, die dem Personal nicht immer gefallen oder leicht zu machen sind.

Als Stichwort möchte ich auch aus aktuellem Anlass, wie bereits erwähnt, die Reform der Gerichtsstruktur in unserem Land nennen, die nun durch den Volksentscheid am Sonntag durch die Wählerinnen und Wähler in Mecklenburg-Vorpommern quasi bestätigt wurde.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Michael Andrejewski, NPD: Sehr quasi.)

An den realen Notwendigkeiten kommt man in Regierungsverantwortung eben nicht vorbei. Das honorieren auch die Menschen in unserem Land.

(Michael Andrejewski, NPD:
Enthaltung ist kein Ja, Sie Spezialist! –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Auch die Finanzämter, die Schulen, die Polizei und andere Landesbehörden haben Optimierungsprozesse hinter sich. All diese Anstrengungen mit Auswirkungen auf die Personalkosten sind notwendig, um den demografischen Wandel nachzuvollziehen und damit unser Bundesland langfristig zukunftsfähig zu gestalten.

Mir ist es besonders wichtig zu betonen, dass das Land als Arbeitgeber auch attraktiv bleiben muss. Die Nachwuchsgewinnung zwingt das Land dazu, weiterhin attraktive Angebote für den öffentlichen Dienst anzubieten, denn, Sie wissen es alle, wir stehen hier auch im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mit der Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern haben wir einen solchen Schritt unternommen.

Die Einrichtung des Versorgungsfonds ist ebenfalls eine vorausschauende Maßnahme, um die jährlich aus dem laufenden Haushalt zu bezahlenden Versorgungslasten nicht übermächtig werden zu lassen. Nun hat sich die lange Zeit der Niedrigzinsphase am Kapitalmarkt auch in Bezug auf das Sondervermögen des Versorgungsfonds bemerkbar gemacht. Mit der Errichtung des Sondervermögens hat das Finanzministerium errechnet, dass sich bei Zahlung von 20 Prozent der Bezüge plus 4,5 Prozent Zinsen die Versorgungslasten für alle Beamtinnen und Beamten ab dem Verbeamtungsjahr 2008 decken lassen. Die Rechnung geht im Moment leider nicht auf. Das Sondervermögen kann zurzeit keine 4,5 Prozent am Kapitalmarkt erzielen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist eine ganz normale Feststellung und für private wie auch für institutionelle Anleger vollkommen unbefriedigend. Nun ist das Land aber gehalten, das Sondervermögen so auszustatten, dass es seinen Zweck zukünftig erfüllen kann. Die Landesregierung schlägt mit dem Haushaltsgesetz vor, dass sich das Land bei planmäßigen Umschuldungen auslaufender Kredite des Versorgungsfonds bedient, also beim landeseigenen Fonds Kredit aufnimmt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Gleichzeitig sichert der Landeshaushalt dem Fonds die errechneten vier Prozent Rendite zu. Somit erhält der Fonds eine sichere Anlageform, die ausdrücklich vom Landtag für Kapitalgeschäfte gefordert wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, ganz besonders richte ich mich an Herrn Saalfeld, lieber Kollege Saalfeld, ich kann darin aber auch keinen Skandal entdecken. Es ist halt eine Win-win-Situation,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

bezahlen muss das Land die Versorgungslasten so oder so – oder wir senken die Versorgung einfach ab, und das will keiner in diesem Haus –,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

entweder auf einmal mit einer Sonderzuführung zum Versorgungsfonds oder später im laufenden Haushalt, wenn der Fonds nicht ausreicht, um die Kosten zu decken. Steigen die Zinsen am Kapitalmarkt wieder auf mindestens vier Prozent an, ist diese Sonderregelung ohnehin nicht mehr nötig. Das Sondervermögen Versorgungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat sich dann aber planmäßig entwickelt.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Der Vorschlag des Finanzministeriums ist also eine von mehreren Möglichkeiten, die kontinuierliche Entwicklung des Sondervermögens in der Niedrigzinsphase zu sichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Haushaltsposten mit steigenden Kosten ist die soziale Sicherung, ein Thema, zu dem schon viele Debatten hier im Landtag geführt wurden und sicherlich noch geführt werden, teils sachlich, aber teils auch unsachlich, wie wir eben gerade gehört haben. Neben den steigenden Sozialausgaben durch den demografischen Wandel stehen aktuell zu planende Ausgaben für die steigende Anzahl von Hilfesuchenden Menschen zur Debatte, die bei uns um Asyl bitten.

Und, meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zu seiner Verantwortung für humanitäre Hilfe. Es gibt keinen Grund zur Befürchtung, dass Sozialleistungen nach dem SGB abgeschmolzen werden, um die Finanzierung von Maßnahmen für Asylsuchende Menschen zu sichern. Dafür wurden bereits finanzielle Mittel hinterlegt.

(Michael Andrejewski, NPD: Wer's glaubt!)

Eine ganz klare Botschaft lautet daher: Es gibt keinen Grund für Sozialneid. Wer eine solche Stimmung im Land anheizt, lügt wissentlich und propagiert dumpfen, dümmlichen Hass.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch die langfristig solide Finanzpolitik sind wir in der Lage, unsere politischen Schwerpunkte Bildung, Kita und Energiewende zu finanzieren. Die Finanzministerin hat dazu schon im Einzelnen ausgeführt, das möchte ich nicht erneut wiederholen.

Nur noch ein Wort zu den Investitionen allgemein: Für Baumaßnahmen sind für 2016 272 Millionen Euro und für 2017 283 Millionen Euro vorgesehen. Dazu kommen Investitionen und Investitionsförderungen in Höhe von

946 und 869 Millionen Euro. Das macht Investitionsquoten von 15,7 und 14,9 Prozent aus. Damit halten wir das Investitionsniveau trotz rückläufiger Solidarpaktmittel noch gegenüber den beiden Vorjahren. Das zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern auch eigene Investitionsleistungen erbringt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einige Worte zur Finanzausstattung der Kommunen verlieren. Wir werden in den Haushaltsberatungen eine Anhörung zum Artikel 2 des Haushaltsgesetzes durchführen. Wie immer ist der Konsens zum FAG schwer zu finden. Die Kommunen möchten mehr, das Land und der Landesrechnungshof sagen, die Kommunen sind gut, sogar überproportional ausgestattet. Wie bekannt ist, soll eine umfangreiche Novellierung des FAG zum 01.01.2018 erfolgen. Dazu wird es ein Gutachten geben. Um von vornherein keine Differenzen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land aufkommen zu lassen, haben sich Landesregierung, Landkreistag und Städte- und Gemeindetag auf einen Gutachter verständigt. Auch über die Formulierung des Auftrages haben sich Landesregierung und kommunale Spitzenverbände einigen können. Ich finde, in dieser abgestimmten Vorgehensweise liegt eine gute Chance, dass die Ergebnisse des Gutachtens von beiden Seiten akzeptiert werden können,

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

die eine gute Grundlage für eine FAG-Novelle sein werden, welche auch konsensfähig sein könnte.

Nun noch einige Worte zu der Einnahmesituation im Landeshaushalt für die kommenden zwei Jahre. Glücklicherweise, muss man sagen, haben wir steigende Steuereinnahmen zu erwarten. Von den für dieses Jahr prognostizierten Steuereinnahmen in Höhe von 4,13 Milliarden Euro sollen sie in 2016 auf 4,3 und 2017 auf 4,48 Milliarden Euro ansteigen. Aber Steuerschätzungen sind eben nur angenommene Werte, sicher sind sie nie. Eine liegt noch vor uns. Die kommt im November und wird sicherlich in den Haushalt einfließen.

Die SPD-Fraktion wird weiterhin an einer soliden und vorsorgenden Haushaltsplanung festhalten, da kann die Opposition noch so klagen, dass die Ausgleichsrücklagen angeblich viel zu hoch sind. Vorzusorgen ist immer besser, als kalt erwischt zu werden, wenn die Zeiten wieder mal schlechter werden.

Als noch nicht sicher kalkuliert gelten die Zuweisungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020. Auch dies hörten wir heute schon. Es hat bisher noch keine Einigung zwischen dem Bund und den Ländern gegeben. Das betrifft zu diesen Haushaltsberatungen direkt nur die Mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2020.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist geplant, dass der Finanzausschuss in seiner nächsten Sitzung am 10.09., also am Donnerstag, beschließen wird, dass das Anhörungsrecht des federführenden Finanzausschusses auf die einzelnen Fachausschüsse zu übertragen ist. Das macht Sinn und sichert, dass die Haushaltsberatungen rechtzeitig zur Dezembersitzung abgeschlossen werden, und das in den Fachausschüssen.

Abschließend bleibt mir nur noch, uns allen einen konstruktiven Beratungsverlauf zu wünschen. Darum bitte ich um Zustimmung zur Überweisung der Haushaltsvor-

lagen an die Fachausschüsse des Landtages. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In vielen Bereichen, die das Leben der Menschen direkt berührt, zeigt sich, mit dem uns vorliegenden Haushaltsentwurf sind von der Landesregierung kaum Entwicklungsimpulse zu erwarten.

(Heinz Müller, SPD: Da war das Zitat von der Stagnation, ne?)

Wir haben es nach heutigem Stand mit einem Doppelhaushalt zu tun, der das Land wenig voranbringt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Stagniert.)

Mein Kollege Helmut Holter hat es Ihnen bereits ins Stammbuch geschrieben und der Kollege Kokert, der jetzt nicht hier ist, hat es schon gut verinnerlicht: Dieser Entwurf des Doppelhaushaltes ist in Zahlen gegossene Stagnation.

(Heinz Müller, SPD: Ah ja! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wunderbar! Das ist eine Aufforderung zum Klatschen, hat nicht geklappt.)

Anstatt diese mutlose Politik zu bejubeln, sollten Sie sich, meine Damen und Herren von SPD und CDU, endlich den drängendsten Fragen des Landes zuwenden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen wir schon.)

Die finanziellen Rahmenbedingungen sind so gut wie lange nicht, auch wenn Sie dies kleinreden. Die konjunkturelle Lage ist gut, die Zinsen äußerst niedrig. Wir haben erhebliche Überschüsse trotz rückläufiger Solidarpaktmittel und das Sparschwein des Landes ist gut gefüllt. Der Bund gibt zusätzliches Geld. Rücklagen, Damen und Herren, sind beruhigend, sie sind gut und schön, aber sie dürfen nicht zulasten der Finanzierung wichtiger Aufgaben gehen, sie dürfen nicht zulasten von Zukunftsinvestitionen gehen.

Meine Damen und Herren, was machen Sie aus den günstigen Bedingungen, aus den Möglichkeiten, die Ihnen eingeräumt werden? Was machen Sie aus der komfortablen Haushaltslage? Ich sage es Ihnen: Sie machen zu wenig daraus. Rücken Sie die Lebensqualität in den Kommunen mit allen Facetten endlich in das Zentrum Ihrer Anstrengungen! Ich werde darauf noch näher eingehen.

Meine Damen und Herren, zunehmend beunruhigt uns die Personalsituation in der Landesverwaltung. Wir meinen, dass die bisherigen Stellenabbauziele überprüft werden müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Insbesondere bei der Polizei, oder?!)

Die Herausforderungen werden größer und deshalb sind gerade im Bereich der Nachwuchsförderung und bei den Einstellungskorridoren die Weichen neu zu stellen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

In einigen Bereichen, so etwa bei der Justiz und der Polizei,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

und das ist keine neue Erkenntnis, verschärfen sich die Probleme durch den Personalabbau.

Noch im März versprochen Sie, Herr Minister Caffier, der auch nicht hier ist, dass der Personalabbau bei der Polizei vorerst gestoppt sei. Was nicht so deutlich gesagt worden ist, ist, dass immer noch, also auch im laufenden Jahr, planmäßig Stellen verschwinden in diesem Bereich. Das ist eine schmerzhaft Angelegenheit, wenn man sich die zum Teil dramatische Personalsituation bei der Polizei vor Augen hält. Erst ab 2016 soll der Stellenabbau bei der Polizei zunächst einmal gestoppt werden.

Wir haben immer ganz klar gesagt, die Evaluierung kommt viel zu spät, sie hätte längst angepackt werden müssen, aber der Knatsch in der Koalition bei diesem Thema hat es wohl verhindert. Hinzu kommt, dass Sie kein Interesse daran haben, ausgerechnet im Wahljahr über die Personalausstattung der Polizei zu streiten. All das, meine Damen und Herren, all das geht aber zulasten der Kolleginnen und Kollegen, das geht auf die Knochen der Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Meine Damen und Herren, der Kollege Patrick Dahle- mann, so war heute im Interview oder in einem Zwiege- spräch im „Nordkurier“ zu lesen, sagt richtig, ich zitiere: „Die Gemeinden brauchen mehr Luft, um ihre Probleme anzugehen. ... Wir haben hier kein Ausgabenproblem. Das ist ein Einnahmeproblem.“

(Patrick Dahle- mann, SPD: Richtig.)

Sehr richtig, Herr Kollege Dahle- mann.

(Patrick Dahle- mann, SPD:
Ja, vielen Dank für die Blumen.)

Wir brauchen lebendige und leistungsstarke Kommunen. Das Finanzausgleichsgesetz muss dringend neu geregelt werden, darauf ist mein Kollege Helmut Holter bereits eingegangen.

(Heinz Müller, SPD:
Ja, aber das tun wir doch.)

Aber nicht nur darauf müssen die Kommunen seit Jahren warten. Sie erhöhen noch nicht einmal die kommunale Beteiligungsquote.

(Patrick Dahle- mann, SPD:
Zitieren Sie mal weiter! Ich habe die
Spitzensteuersätze im Bund angesprochen.)

Es wird für die Kommunen immer schwieriger, mit ihren Einnahmen die Ausgaben zu decken. Das ist eine Tatsache. Immer öfter klappt eine immense Lücke und die Kas- senkredite erreichen neue Rekordmarken.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das
hat Herr Saalfeld auch schon gesagt.)

Aber die Landesregierung sieht keinen Grund zu han- deln. Sie lässt die kommunalen Verbände bei ihrer Ent- scheidung über den kommunalen Anteil an den Gesamt- einnahmen des Landes abblitzen.

Neben dem kommunalen Protest wird dies auch auf Wi- derstand im Landtag treffen. Wenn die Regierung meint, Probleme aussitzen zu können, muss man ihr sagen, die Kommunen können es nicht. Im Übrigen steigen 2016 die kommunalen Finanzausgleichsleistungen insbesondere wegen der Nachzahlung aus 2014 um 50 Millionen – Geld, das kein Geschenk ist, sondern das den Kommunen zu- steht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Auch bei der sozialen Wohnraumförderung knausert die Landesregierung weiter.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Während auf Bundesebene die Bundeskanzlerin ankün- digt, die Mittel für die soziale Wohnraumförderung verdop- peln zu wollen, und die Bundesbauministerin an die Län- der appelliert, die Bundesgelder zweckgebunden einzuset- zen, steht die Landesregierung weiter auf der Bremse und fährt die Wohnraumförderung weiter zurück: nur noch 9 Millionen Euro für Darlehen und Zuschussprogramm.

Wir sagen, das ist eindeutig zu wenig. Wir halten 15 Mil- lionen pro Jahr für erforderlich, um diesen Bereich zu- kunftssicher aufzustellen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha! –
Regine Lück, DIE LINKE:
21 Millionen gibt es vom Bund.)

insbesondere vor dem Hintergrund der immer älter wer- enden Bevölkerung. Die Wohnungen müssen für ältere Menschen attraktiv und nutzbar sein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen wir doch.)

Es kann nicht sein, dass als einziges Ergebnis der En- quetekommission beim Thema „Wohnen im Alter“ ein Programm zum Fahrstuhl- und ein Miniprogramm für den Abbau von Barrieren bei Eigenheimen übrig blei- ben sollen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Sehr wenig.)

Meine Damen und Herren, und was passiert im Bereich der Arbeitsmarktpolitik? So gut wie gar nichts. Keine Spur von Ideen oder Willen, gerade Langzeiterwerbslo- sen eine bessere Perspektive zu geben. Wir brauchen wieder öffentlich geförderte Beschäftigung,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

denn Menschen, die jahrelang ohne Arbeit waren, haben auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt geringe oder gar keine Aussicht auf Beschäftigung, und das wissen Sie auch. Diese Menschen dürfen nicht einfach aufgege- ben werden. Sie brauchen nützliche Arbeit, sie brauchen eine Perspektive. Es gibt viele Möglichkeiten, sich im Dorf oder in der Stadt einzubringen. Mit 5 Millionen Euro pro Jahr könnten wir so betroffenen Menschen durchaus eine Zukunft bieten und gleichzeitig auch etwas für die Kommunen tun.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und allen voran der Bildungsminister haben mit breiter Brust verkündet, wie viel es im Bildungsbereich in den nächsten zwei Jahren mehr geben wird. Das meiste Geld, das ist ja auch schon gesagt worden, werde für Neueinstellungen bei Lehrern eingesetzt. Das sei ein Riesenfortschritt und gut investiertes Geld in die Zukunft. Was Sie dabei allerdings nicht erwähnen, ist, dass es sich bei den Neueinstellungen um längst überfällige Maßnahmen handelt.

(Heinz Müller, SPD: Ja, klar.)

Es werden damit lediglich Versäumnisse der Vergangenheit aufgeholt und es bedeutet keineswegs Fortschritt und Innovation im Bereich Bildung. Keinen Cent mehr haben Sie für den erweiterten Einsatz von Vertretungslehrern eingeplant und auch nicht für die Vergütung geleisteter Mehrarbeit, und das, obwohl der Unterrichtsausfall nicht wirklich gesenkt werden konnte. An den beruflichen Schulen ist er sogar gestiegen.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Was eine Katastrophe ist.)

Vor diesen Problemen verschließen Sie die Augen und genehmigen sich eine Freistunde. Sie erwarten doch nicht allen Ernstes, dass die Lehrerinnen und Lehrer weiterhin unentgeltliche Mehrarbeit leisten und den Beruf dann auch noch attraktiv finden. Wenn für jede Lehrkraft an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen eine variable Stunde mehr eingeführt und auch vergütet würde, könnte man den Unterrichtsausfall erheblich senken, würden Vertretungslehrer eingespart und die Lehrkräfte müssten nicht mehr allein aus blankem Idealismus Mehrarbeit leisten. Das, denke ich, wäre fair und ist auch bezahlbar.

Meine Damen und Herren, auch bei der Sportförderung hapert es. Seit nunmehr 14 Jahren gab es für den Breiten- und Spitzensport lediglich 500.000 Euro mehr. Kein Wunder, dass immer mehr Spitzensportler Mecklenburg-Vorpommern den Rücken kehren. Neben dem Spitzensport hat vor allem der Breitensport Probleme.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

2002 übte die CDU noch harsche Kritik an der Förderhöhe. Herr Rehberg war es damals, der auf die Inflationsrate von 1,5 Prozent aufmerksam machte. Ich zitiere ihn, er sagte: „Wenn wir mal von der Annahme ausgehen, dass die durchschnittliche jährliche Inflationsrate im Bundesgebiet 1,5 Prozent beträgt, dann beträgt der zusätzliche Finanzbedarf“ jährlich „125.000 Euro.“

Meine Damen und Herren, Sie klopfen sich auch permanent auf die Schulter und rühmen sich dafür, in die Kindertagesförderung zu investieren. Ja, Sie investieren, und ja, Sie geben auch mehr Geld aus. Das ist vollkommen richtig. Allerdings relativieren sich diese Zahlen, wenn wir die Bundesmittel, die einfach weitergeleitet werden, herausrechnen. Außerdem haben wir fast 20.000 Kinder mehr in der Betreuung als noch vor zehn Jahren – was natürlich gut ist –, logisch also, dass dann bei einer Pro-Platz-Förderung mehr Geld bereitgestellt werden muss. Unsere Kritik bleibt, dass die Aufwendungen des Landes hier nicht ausreichen und das Finanzierungssystem einfach zu bürokratisch ist. Die Lasten haben in erster Linie die Kommunen und die Eltern zu tra-

gen, und das darf so nicht bleiben. Ich erinnere auch daran, und Studien belegen es, dass Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer bei der finanziellen Beteiligung an den Gesamtkosten unter dem Durchschnitt liegt.

Keine Bewegung gibt es im Bereich der Jugendarbeit. Im Kinder- und Jugendprogramm Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahre 2011 setzte sich die Landesregierung noch das Ziel, die Jugendarbeit dauerhaft zu sichern. Dieses Ziel verfehlen Sie seit Jahren. Noch immer gelten die Uraltbeträge von 5,11 Euro für öffentliche Träger der örtlichen Jugendhilfe, und noch immer ist dabei die Anzahl der 10- bis 26-Jährigen maßgeblich. Wenn sich hier nicht grundlegend etwas ändert, bleibt die Jugendarbeit vor Ort auf der Strecke.

Kritisch sehen wir auch die Mittelansätze beim Kinderschutz, geht es doch um Absenkungen bei der Kinderschutzhilfe und dem Deutschen Kinderschutzbund, auch wenn diese nur gering ausfallen, aber wir haben hier, denke ich, ein Problem, denn wir waren im letzten Doppelhaushalt an dieser Stelle schon weiter.

Die Erinnerung an die öffentliche Beratung des Petitionsausschuss Ende Juni zur Frage des Opferschutzes sollte, denke ich, bei allen Kolleginnen und Kollegen noch frisch sein. Wir sehen als Fraktion ganz klar Handlungsbedarf bei der Unterstützung von Frauenhäusern und Beratungsstellen für Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt.

Meine Damen und Herren, mit dem Haushaltsentwurf wird der Angriff auf die Theater- und Orchesterstrukturen fortgesetzt. Gerade mal 600.000 Euro sind für die Begleitung der existenzbedrohenden Umstrukturierungen der Häuser vorgesehen. Die Kommunen sollen den Schlamm also ganz allein ausbaden. Sie sollen die Kosten für Umstrukturierungsgutachten, für Abfindungen, für Kosten für Rechtsbeistände, zusätzliche Sachkosten und vieles andere mehr selbst aufbringen. Woher dieses Geld kommen soll, bleibt das Geheimnis der Landesregierung. Wir kennen die Haushaltslage der kreisfreien Städte und der Kreise. Also frage ich Sie: Wie ernst meint es die Landesregierung mit der Schaffung tragfähiger und nachhaltiger Theater- und Orchesterstrukturen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr ernst.)

So schlagen Sie zwar für das Mecklenburgische Staatstheater sogenannte Leertitel im Haushaltsentwurf vor, aber eben nicht für das von Ihnen selbst ins Spiel gebrachte Staatstheater Nord-Ost mit den Standorten Putbus, Stralsund, Greifswald, Neubrandenburg und Neustrelitz. Ja, was denn nun?

Meine Damen und Herren von SPD und CDU, trotz einer leichten Erhöhung des Kulturretats, etwa in der allgemeinen Kulturförderung, wird der Haushalt dem gesellschaftlichen Stellenwert und der Bedeutung von Kultur in unserem Land nicht gerecht. Sie bleiben auch hier unter den bestehenden Möglichkeiten.

Mit einer dick aufgetragenen Pressemitteilung verkündete der Bildungsminister jüngst die Mittelaufstockung für kulturelle Projekte und präsentierte des Kaisers neue Kleider. Zunächst erscheint der Aufwuchs um 2 Millionen Euro durchaus beachtlich. Er relativiert sich jedoch rasch, wenn wir genauer hinschauen. Dann verbleibt

im Vergleich zu 2014 lediglich eine Steigerung um etwa 750.000 Euro. Und wenn wir die durchschnittliche Inflation der letzten Jahre berücksichtigen, schmilzt der Aufwuchs vollständig dahin beziehungsweise fällt in 2017 sogar noch hinter die Förderung des Jahres 2014 zurück.

Der geplante scheinbare Mittelaufwuchs ist für besondere Kulturprojekte vorgesehen. Was sich dahinter verbirgt, wird hier zum Geheimnis gemacht, denn nicht die Abgeordneten, die über den Haushalt zu befinden haben, erhalten eine Erklärung, sondern zunächst die Landeskulturkonferenz. So begrüßenswert ein breiter kulturpolitischer Dialog ist, so bedenklich stimmt die Tatsache, dass demokratisch legitimierte Gremien auf Landes- wie auch auf kommunaler Ebene vorerst hier außen vor bleiben.

Und noch etwas will ich für den Kulturbereich mit auf den Weg geben: Es ist ein fatales Signal an junge Kunst, Kreativschaffende und an die kulturelle Bildung, dass die Förderung für Nachwuchskünstler ersatzlos gestrichen wurde. Traurig sieht es im Haushalt auch für die Notsicherung und den Erhalt historisch wertvoller Bausubstanz aus – Themen, denke ich, über die wir in den Ausschüssen dringend reden müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen wir.)

Meine Damen und Herren, ich habe es ja durchaus hier schon so vernommen, dass Sie behaupten und auch sicherlich künftig behaupten werden, DIE LINKE könne nicht mit Geld umgehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das stimmt ja auch.)

Sie werden sehen, auch für unsere Vorschläge braucht es keine Nettoneuverschuldung. Wir werden bestehende Spielräume ausschöpfen und entsprechende Anträge einbringen.

Mit dem Haushalt üben wir das Königsrecht des Parlaments aus. Am Ende der Beratung stehen wir, die Abgeordneten, und sollen sagen, wofür das Geld ausgegeben wird. Darüber werden wir in den nächsten Monaten und Wochen streiten. Meine Fraktion und ich hoffen auf konstruktive Beratungen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie immer.)

auf faire Auseinandersetzungen und auf einen kulturellen Fortschritt beim Umgang mit Anträgen der Opposition.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, wenn sie gut sind. – Zuruf von
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man braucht hin und wieder Mut, um das eigene Land voranzubringen. Diesen Mut lässt dieser Haushaltsentwurf – bislang zumindest – vermissen. Bis Mecklenburg-Vorpommerns Etat in Zahlen gegossener Fortschritt und Solidarität ist, bleibt also noch viel zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Liskow.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute den Doppelhaushalt 2016/2017 und wir haben schon sehr viele Wortmeldungen hier von den unterschiedlichsten Fraktionen gehört. Es ist von Frau Rösler gerade gesagt worden, uns fehlt der Mut für die Aufstellung dieses Haushaltes.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Nicht für die Aufstellung.)

Ich möchte dazu sagen, ich glaube, jeder Fachminister, der hier sitzt, hatte mehr angemeldet, als er nachher bekommen hat, und musste nachher Einschränkungen hinnehmen, weil wir ein großes Ziel haben, nämlich einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden aufzunehmen. Ich glaube, dieses umzusetzen, bedarf großen Mutes, nämlich zu sagen, wir wollen keine neuen Schulden machen. Da muss man natürlich Prioritäten setzen und dieses wurde, glaube ich, von den einzelnen Fachbereichen, von den einzelnen Ministern auch gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mein Fraktionsvorsitzender Herr Kokert hat schon sehr ausführlich gesagt, dass es für uns wichtig ist – und ich habe es schon mal gesagt –,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

im Doppelhaushalt 2016/2017 keine neuen Schulden zu machen und trotzdem wichtige Entscheidungen, wichtige Finanzierungen auf den Weg zu bringen. Wir wissen alle, wir haben schwierige finanzpolitische Zeiten vor uns. Wir wissen nicht, wo geht es hin in 2020.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wir wissen zwar, dass wir mehr Steuereinnahmen haben in diesem Jahr, und wir werden in 2017/18 sehen, wie die Steuereinnahmen sein werden. Mit der Steuerschätzung im November werden wir höchstwahrscheinlich eine vernünftige Zahlenkulisse haben, um abzuschätzen, ob da noch Spielräume für die nächsten Jahre sind oder nicht.

Was aus unserer Sicht wichtig ist, ist, dass wir in der Bildungspolitik mehr Geld zur Verfügung stellen. Das wird auch durch die Umsetzung der BAföG-Mittel möglich, dass wir mehr Investitionen in 2016/2017 haben werden. Es sind allein bei Investitionen im Jahre 2016 11,7 Prozent mehr, sodass man sagen kann, dass wir in die Zukunft investieren.

Wichtig für uns ist auch, dass wir bei dem wichtigen Thema, was auf uns zukommt, Asylpolitik, Flüchtlingspolitik, die entsprechenden Finanzmittel aufbringen.

(Udo Pastörs, NPD: Ganz wichtig.)

Wir haben in diesem Jahr 59 Millionen im Haushalt, in 2016 werden es 120 und in 2017 134 Millionen sein, die erst mal eingestellt worden sind. Bei diesen Geldern wissen wir noch nicht, ob sie ausreichend sind oder nicht. Entscheidend ist aber, dass wir diese entsprechend einplanen. Für mich ist es wichtig, dass wir, wenn wir den Haushalt im Dezember 2015 verabschieden, überprüfen, damit wir wissen, wo wir eigentlich stehen. Man kann höchstwahrscheinlich dann noch mal über die Nachschiebeliste sagen, müssen die Einnahme- und Ausgabeübersicht noch mal korrigiert werden, ja oder nein, oder man muss prüfen, wenn diese Zahlensicherheit noch nicht da

ist, ob man rechtlich im Jahr 2016 über einen Nachtragshaushalt oder über finanzpolitische Wege nachzudenken hat, wie man diese Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit klar darstellt.

(Udo Pastörs, NPD: Es ist ja schön, dass Sie das schon ankündigen.)

Wir erleben seit 14 Jahren, wie Frau Rösler gesagt hat, dass die Sportpolitik vom Landesparlament immer wieder mehr Haushaltsmittel zugesprochen bekommt. Die Finanzministerin schafft es immer wieder, diese aus dem Haushaltsansatz rauszunehmen. Ich glaube auch, dass dieses Jahr die CDU-Fraktion – und ich gehe davon aus, dass die SPD-Fraktion da an unserer Seite steht – auch versuchen wird, die entsprechenden Mittel einzustellen. Ich weiß, das ist ein ewiges Spiel, aber uns ist der Sport in diesem Land so wichtig,

(Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig.)

dass wir dieses auch wieder versuchen werden, mit entsprechenden Deckungsquellen zu belegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Finanzpolitik ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Macht man am besten am Comer See.)

Wie bitte?

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Macht man am besten am Comer See.)

Herr Saalfeld, wo man das macht, ist, glaube ich, zweitrangig. Entscheidend ist, dass man sich darüber einig ist, wo man Schwerpunkte setzen will. Und dieses ist für uns ein ganz wichtiger Punkt, genauso wie die innere Sicherheit, wo wir uns auch immer als CDU-Fraktion starkmachen. Ich glaube, wir haben da einen vernünftigen Kompromiss mit der SPD-Fraktion gefunden, in der Koalition, den wir in dem Haushalt festgeschrieben haben, und wir werden auch eine Lösung finden für den Sport.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen uns den Herausforderungen für die Zukunft stellen,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

müssen sehen, dass wir eine solide Finanzpolitik machen, denn das ist die Voraussetzung für alle Wünsche, die wir haben. Es wurde heute von der Linksfraktion nicht mehr der Vorpommern-Fonds gefordert, sondern ein Fonds für sozial schwache Regionen, und da wurde dazwischengerufen,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

da ist von der CDU abgesehen worden. Da kann man sagen, das stimmt. Ich selber habe vor mehreren Jahren einen Vorpommern-Fonds gefordert. Aber wir haben nicht gefordert, den aus Landesmitteln direkt zu machen, sondern wir haben damals gesagt, er soll aus der Förderabgabe von Rohstoffen, die in Vorpommern gefördert werden, erfolgen und soll dann ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Davon haben wir aber noch nie was gehört, dass das Ihr Vorschlag war. – Udo Pastörs, NPD: Aus den Kieswerken der Sand.)

Aus der Erdölförderung, die es jetzt ja nicht mehr geben soll.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Deswegen, glaube ich, ist es im Moment auch nicht mehr sinnvoll, diesen Vorpommern-Fonds oder diesen Sonderfonds zu fordern, sondern man muss überlegen, mit den jetzigen Mitteln, die wir haben, die gezielte Förderung in strukturschwache Regionen vorzunehmen. Ich glaube, dafür sind reichlich Mittel im Haushalt vorhanden. Im Wirtschaftsministerium gibt es viele Gelder für die Wirtschaftsförderung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es müssen die entsprechenden Anträge da sein, dann kann man die entsprechende Förderung machen. Im Energieministerium gibt es Geld für Strukturmaßnahmen, das auch entsprechend eingesetzt werden kann.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

Wichtig ist für uns, dass wir in den nächsten Monaten eine vernünftige,

(Udo Pastörs, NPD: Diskussion in den Ausschüssen.)

ja, eine vernünftige Diskussion in den Ausschüssen, aber auch eine fundierte Diskussion in den Ausschüssen haben werden.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich kann versprechen, dass sich unsere Fraktion einbringen wird in die Diskussion und dass wir im Dezember einen vernünftigen Haushalt vorlegen und beschließen werden, der unser Land weiter nach vorne bringt.

(Udo Pastörs, NPD: Jawoll!)

Wir laden Sie alle ein, dass Sie uns entsprechend unterstützen. Ich wünsche uns eine gute Beratung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU, Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich wollte ich nicht noch mal ans Mikrofon treten,

(Vincent Kokert, CDU: Sie haben das richtig entschieden. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

allerdings hat mich die Rede von Herrn Kokert,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die erste Entscheidung war die richtige.)

hat Herr Kokert mich einfach dazu motiviert, noch mal nach vorn zu kommen. Er hat mir so viele Stichworte mit auf den Weg gegeben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
War eine gute Rede, ne?)

dass es einfach nicht zu vermeiden war, hier noch mal zu stehen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Herr Kokert, zunächst noch mal großen Dank, dass Sie den größten Teil Ihrer Rede den GRÜNEN gewidmet haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hat er gar nicht! Da haben Sie wieder eine Wahrnehmungsstörung, Herr Saalfeld. – Heiterkeit und Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

weniger den LINKEN noch der Haushaltspolitik. Das ist ein Zeichen großer Wertschätzung. Ich danke Ihnen dafür.

Ich möchte Ihnen auch noch mal dafür danken, dass Sie uns den Hinweis gegeben haben, dass wir öffentlich begrüßt haben, dass Sie die Kulturförderung jetzt hier im neuen Doppelhaushalt stärken wollen. Ich glaube auch, dass das ein schönes Zeichen beziehungsweise ein großer Erfolg der Opposition war,

(Heiterkeit bei Manfred Dachner, SPD – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

denn gerade wir GRÜNEN haben ja in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, jetzt gerät die Rede wieder durcheinander. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass die Kulturförderung im Land nicht in Ordnung ist, dass den freien Kulturträgern in der einen oder anderen Art und Weise vom Bildungsminister sozusagen Millionenbeträge abgeluchst wurden.

(Heiterkeit bei Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mir gut vorstellen, dass unter den freien Kulturträgern der Druck so groß wurde,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Wir sind unter Ihrem Druck eingeknickt, Herr Saalfeld. – Heiterkeit bei Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass der Bildungsminister nicht anders konnte, als kurz vor der Wahl hier die Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber ich glaube, genau deswegen haben Sie uns noch mal das Stichwort gegeben, um daran zu erinnern, dass der Bildungsminister hier in großen Zugzwang geraten ist. Also vielen Dank,

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ein Erfolg der Opposition.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD – Heiterkeit und Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, allerdings möchte ich dann doch noch mal auf den Vorwurf eingehen, dass die GRÜNEN keine Haushaltsklausur abgehalten hätten. Das überlassen Sie am besten uns, Herr Kokert, wie wir arbeiten.

(Vincent Kokert, CDU: Das hat Ihr Fraktionsvorsitzender gesagt, das habe ich nur zitiert.)

Allerdings, sehr geehrter Herr Kokert,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

sollte man nicht mit Steinen werfen, wenn man im Glas- haus sitzt,

(Vincent Kokert, CDU: Oooch!)

und insbesondere dann nicht, wenn man seine Haushaltsklausur in Bella Italia durchführt, was an sich ja Ihre Entscheidung ist, das können Sie machen.

(Vincent Kokert, CDU: Danke! – Udo Pastörs, NPD: Das kenne ich von den GRÜNEN, Toskana, liegt auch da irgendwo.)

Aber wenn Sie dann über die Presse kolportieren lassen, das sei günstiger für die Fraktionskasse, weil ein Hotel in Mecklenburg-Vorpommern teurer sei,

(Vincent Kokert, CDU: Ich weiß nicht, wo Sie das gelesen haben.)

finde ich es schon ein starkes Stück, dass Sie im Ergebnis Ihrer Haushaltsklausur eine Pressemitteilung rausgeben,

(Vincent Kokert, CDU: Na, nun aber!)

in der Sie lautstark die Förderung von regionaler Wirtschaft fordern.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, na und?)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, absurder geht es nicht: nach Italien fahren, um sozusagen Geld zu sparen, und dann eine Pressemitteilung von dort zu schicken und zu sagen, wir müssen aber die regionale Wirtschaft fördern.

(Burkhard Lenz, CDU: Das machen wir aber. Das machen wir aber, Herr Saalfeld. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist wirklich nicht mehr nachzuvollziehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich dann diese besagte Pressemitteilung genauer anschaut, sie besteht aus fünf Absätzen,

(Torsten Renz, CDU: Schon zu lang. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wovon einer eine Einleitung ist, und am Ende – das ist auch nicht erwähnenswert – gibt es drei inhaltliche Absätze.

(Vincent Kokert, CDU: Ihr habt ja nicht mal eine zum Haushalt zustande gekriegt, Herr Saalfeld! Das müssen Sie uns noch mal erklären!)

Das ist ja offensichtlich dann das Ergebnis Ihrer großen Haushaltsklausur in Italien gewesen, drei inhaltliche Absätze.

Absatz Nummer 1: keine neuen Schulden.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, bitte schön!)

Okay, dafür muss man jetzt nicht nach Italien reisen, um das festzustellen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das ist für Sie nicht wichtig, das weiß ich, das weiß ich. Trotzdem!)

Nee, um das festzustellen, muss ich nicht nach Italien reisen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Der zweite Absatz begrüßt, dass es aus dem Bund mehr Geld für die regionale Wirtschaftsstruktur gibt.

(Egbert Liskow, CDU: Ja, selbstverständlich, unsere Bundesregierung! – Vincent Kokert, CDU: Ihr habt es nicht hingekriegt!)

Super! Dafür brauchen Sie eine Haushaltsklausur?!

Der dritte Absatz beschäftigt sich mit beziehungsweise begrüßt nochmals mehr Geld vom Bund über das BAföG für die Hochschulen und für die Schulen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ja, doch, so steht es. Ich habe es hier vor mir liegen.

(Vincent Kokert, CDU: Das haben Sie doch immer gefordert!)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, werfen Sie nicht mit Steinen, wenn Sie im Glashaus sitzen! Das ist ja nun wirklich kein Beweis von intensiver Arbeit.

(Vincent Kokert, CDU: Lesen Sie mal den Rest auch noch vor, wo es um die Werften geht, Herr Saalfeld!)

Ich glaube – Herr Kokert, Friedensangebot! –, ich glaube, Sie haben dort sehr viel mehr getan, als in dieser Pressemitteilung steht.

(Zurufe von Maika Friemann-Jennert, CDU, und Burkhard Lenz, CDU)

Ich möchte nicht wissen, was, aber Sie haben da sicherlich sehr viel mehr Arbeit geleistet.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Aber werfen Sie uns doch bitte nicht vor, wenn Sie hier mit solchen dünnen Pressemitteilungen agieren,

(Vincent Kokert, CDU: Haben Sie eine Haushaltsklausur gemacht oder nicht, Herr Saalfeld?)

dass wir nicht solche Pressemitteilungen in solcher Qualität rausgeben.

(Vincent Kokert, CDU: Haben Sie eine Haushaltsklausur gemacht oder nicht? Also nein!)

Wir haben uns darauf konzentriert, heute hier entsprechende Vorträge zu halten und eben nicht nach Italien zu fahren und dann von dort dünne Pressemitteilungen abzusenden.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte allerdings noch mal auf einen Punkt eingehen, und zwar höre ich hier immer wieder, ich habe es vorhin auch noch mal angesprochen, dies sei solide Haushaltspolitik.

(Vincent Kokert, CDU: Tja.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte einräumen, ja, Sie haben in den vergangenen Jahren tatsächlich eine solide Haushaltspolitik gemacht,

(Vincent Kokert, CDU: Na bitte, mehr wollen wir gar nicht! Sie können sich wieder hinsetzen, Herr Saalfeld!)

aber diesmal, dieser Haushalt, den Sie heute vorgelegt haben, der ist eben nicht solide,

(Vincent Kokert, CDU: Ach, der nicht?)

weil er keine Vorsorge für die Zukunft trifft.

(Vincent Kokert, CDU: Ach Gott! – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Er gibt alles aus, die hohen sprudelnden Steuereinnahmen, die Zinsentlastungen, alles ausgegeben, ohne dass irgendetwas auf die hohe Kante gelegt wurde,

(Vincent Kokert, CDU: Wahrscheinlich haben wir die in Bella Italia ausgegeben! – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

ohne dass irgendwie Schulden getilgt wurden – nichts! Sie haben es zu 100 Prozent ausgegeben! Und, wie gesagt, ich habe vorhin die Reihe der langen Verfehlungen vorgelesen,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

wir wissen nicht, was Sie mit dem Geld eigentlich so richtig anstellen wollen, weil die ganzen Probleme im Land ungelöst bleiben.

(Vincent Kokert, CDU: Weil Sie den Haushalt nicht gelesen haben, sonst wüssten Sie es. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Das Geld, das Sie mit beiden Händen ausgeben, kommt unten nicht an. Das ist ein Zeichen für einen ineffektiven Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und, Herr Kokert, als Letztes,

(Vincent Kokert, CDU: Ihre Fraktion hat nicht mal geklatscht.)

den letzten Punkt, den ich noch mal hervorheben möchte von Ihrer Rede, das war ein Punkt, ...

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Frau Berger freut sich schon. Jetzt kommen die Hochschulen.)

Nö.

(Heiterkeit bei Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

... das war ein Punkt, den Sie gar nicht genannt haben, und deswegen will ich ihn noch mal nennen. Ich finde es ein starkes Stück, dass das Thema Breitbandausbau sowohl in Ihrer Rede als auch in der Rede von Herrn Liskow überhaupt keine Rolle gespielt hat.

(Vincent Kokert, CDU: Na, weil es vorher vom Koalitionspartner umfangreich vorgestellt wurde, Herr Saalfeld! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das heißt, für Sie ist das alles gegessen und für Sie ist das alles in trockenen Tüchern, oder was? Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der sogenannten Wirtschaftskompetenz scheint es in dieser CDU hier im Land nicht weit her zu sein!

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vincent Kokert, CDU: Sie haben gar keine Kompetenz, das ist es ja!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte dann noch auf einen bereits vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinweisen,

(Vincent Kokert, CDU: Bloß nicht!)

und zwar liegt er im Finanzausschuss vor. Wir beantragen ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was für einen Antrag denn? – Vincent Kokert, CDU: Wo haben Sie sich den denn so schnell rausgequält?)

Nein, nein, den haben wir schon abgegeben, Herr Kokert, keine Sorge.

(Vincent Kokert, CDU: Nein.)

Den haben wir uns nicht rausgequält, den haben wir schon vor einigen Tagen abgegeben.

(Vincent Kokert, CDU: Ach so! Gerade eben? Vor der Klausur?)

Und zwar beantragen wir, dass die Haushaltsberatungen diesmal im Finanzausschuss öffentlich stattfinden.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Oi!)

Da werden wir genau hinschauen, wie Sie sich dazu positionieren werden.

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Da bin ich ganz gespannt, inwiefern Ihnen wichtig ist, dass die Öffentlichkeit hinreichend und transparent darüber informiert wird, wohin das Geld gehen soll, was mit dem Geld gemacht wird, und so weiter und so fort.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren ...

(Vincent Kokert, CDU: Brauchen Sie schon Hilfe von außen, weil Sie sonst nichts finden? Das ist schon stark.)

Wir werden es ja sehen. Ich bin optimistisch, Herr Kokert. Sie stellen es ja schon so dar, als ob Sie ihn ablehnen werden. So weit war ich noch gar nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Ja. Ja, na klar!)

Ach, Sie werden das ablehnen, das sagen Sie jetzt schon?! Gut. Also halten wir schon mal fest, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU festgelegt hat,

(Vincent Kokert, CDU: Ihren Antrag zur Öffentlichkeit ablehnt.)

dass die Koalition die öffentliche Beratung des Haushalts in den Fachausschüssen ablehnt.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Das finde ich sehr schade, weil ich glaube, wir sind in einer Zeit angekommen, in der der Bürger das Anrecht hat zu erfahren, was mit den öffentlichen Mitteln,

(Vincent Kokert, CDU: Das erfährt die Öffentlichkeit ja.)

was mit seinen Steuermitteln passiert. Und dass sich die CDU jedes Mal davorstellt und sperrt, das verstehe ich nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Die Konzepte sind ja völlig öffentlich, die können Sie auf den Tisch legen.)

Was haben Sie eigentlich zu verheimlichen?

(Vincent Kokert, CDU: Gar nichts.)

Ja, dann können Sie doch die Beratungen öffentlich machen!

(Vincent Kokert, CDU: Wir haben eine parlamentarische Demokratie in Deutschland, Herr Saalfeld. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wir haben hier einen konkreten Antrag vorgelegt und wir werden ganz interessiert beobachten, wie Sie sich dazu positionieren. Ich kann nur die SPD ermuntern, hier doch noch mal auf den kleineren Koalitionspartner, auf den sogenannten Juniorpartner entsprechend einzuwirken.

Vielleicht lässt er sich ja dann doch noch mal in den Griff bekommen, wenigstens am Ende der Legislatur. Also ich wünsche Ihnen da ein gutes Gelingen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Beratungen in den Ausschüssen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vincent Kokert, CDU: Tosender Beifall! –
Heinz Müller, SPD: Die Rede war
ja flüssig, mehr als flüssig.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Es wird vorgeschlagen, die Gesetzentwürfe der Landesregierung auf den Drucksachen 6/4199 und 6/4200 sowie die Mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2020 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung auf Drucksache 6/4198 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Europa- und Rechtsausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Agrarausschuss, an den Bildungsausschuss, an den Energieausschuss sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit sind wir am Schluss der heutigen Tagesordnung. Wie bereits einberufen, findet die nächste Sitzung des Landtages am Mittwoch, dem 23. September 2015, 10.00 Uhr statt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.06 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Jutta Gerkan, Stefan Köster, Simone Oldenburg, Michael Silkeit, Karen Stramm und Jürgen Suhr.